

Jung und arm: das Tabu brechen!

Armut von Kindern und Jugendlichen verhindern
und ihre Folgen bekämpfen



Impressum

Herausgeberin
**Eidgenössische Kommission für Kinder-
und Jugendfragen (EKKJ)**

Mitglieder der EKKJ-Arbeitsgruppe «Armut»

Chantal Ostorero
Alexandra La Mantia-Bütler
Marion Nolde
Livia Salis-Wiget
Anna Sax
Alessandro Simoneschi
Florian Stettler
Doris Summermatter Kaufmann
Adrian Zimmermann

Übersetzungen

Sprachdienst des Bundesamtes für Sozial-
versicherungen

Fotos, Bilder und Zitate

Kleinklassen an der Urtenen

Gestaltung und Layout

Ritz und Häfliger, visuelle Gestaltung, Basel
www.ritz-haefliger.ch

Vertrieb

Eidgenössische Kommission für Kinder- und
Jugendfragen
c/o Bundesamt für Sozialversicherungen
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Tel 031 322 92 26
Fax 031 324 06 75
ekkj-cfej@bsv.admin.ch

Der Bericht steht auch auf www.ekkj.ch zur Verfügung

Nachdruck von Beiträgen mit Quellenangabe
erwünscht; Belegexemplar an die EKKJ.

Bern, August 2007



Jung und arm: das Tabu brechen!

*Armut von Kindern und Jugendlichen verhindern
und ihre Folgen bekämpfen*



Die EKKJ, Antenne und Wegbereiter für Kinder und Jugendliche

Die Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ) hat den Auftrag, die Entwicklung des Verhältnisses von Kindern und Jugendlichen zur Gesellschaft zu beobachten und zu deuten. Sie soll Anliegen der heranwachsenden Generation formulieren und entsprechende Vorschläge ableiten. Bei wichtigen Beschlüssen des Bundes prüft die EKKJ, welche Auswirkungen auf die Kinder und Jugendlichen zu erwarten sind.

Als ausserparlamentarische Kommission berät die EKKJ den Bundesrat und andere Behörden des Bundes. Dadurch kann sie Anliegen und Ansprüche der Kinder und Jugendlichen direkt in die verschiedenen Entscheidungsprozesse einbringen. Oft wird die EKKJ zur Beratung beigezogen wenn kinder- oder jugendrelevante Themen behandelt werden.

Ein Gremium von Fachleuten

Die geschilderten Aufgaben kann die EKKJ dank der Kompetenz ihrer zwanzig Mitglieder wahrnehmen: Es handelt sich um Personen, die aufgrund ihrer beruflichen und ehrenamtlichen Tätigkeit dazu qualifiziert, sowie für Anliegen der Kinder und Jugendlichen sensibilisiert und über neueste Entwicklungen und Trends informiert sind.

Dank ihrer Erfahrung und ihrer Kenntnisse können die Mitglieder der EKKJ die Situation von Kindern und Jugendlichen umfassend analysieren. Die EKKJ ist heute als zentrale Akteurin der nationalen Kinder- und Jugendpolitik anerkannt.

Dialog und Partizipation

Die Kommission hat es sich zum Arbeitsprinzip gemacht, dass Kinder und Jugendliche ihre Anliegen und Ansprüche selber formulieren und vorbringen können. So wurden für die Erarbeitung der verschiedenen Berichte der EKKJ auch immer partizipative Formen angewandt. Ausserdem pflegt die Kommission den ständigen Austausch mit Gruppierungen, Organisationen und Institutionen, welche sich mit Kinder- und Jugendfragen beschäftigen. Nur so kann gewährleistet werden, dass ein möglichst breites Spektrum an Meinungen berücksichtigt wird. Dazu betreibt die EKKJ eine eigenständige Informationspolitik, ergänzt durch die zweijährlich stattfindende Bieler Fachtagung, an der jeweils über 200 Personen teilnehmen.

Tätig seit 1978

Die EKKJ wurde am 5. Juni 1978 vom Bundesrat eingesetzt. Ihr Auftrag hat sich seither in den Grundzügen nicht verändert und wurde im Bundesgesetz über die Förderung der ausserschulischen Jugendarbeit (Jugendförderungsgesetz) vom 6. Oktober 1989 gesetzlich verankert: «Der Bundesrat bestellt eine eidgenössische Kommission für Jugendfragen, welche zuhanden der zuständigen Behörden des Bundes (a) die Situation der Jugend in der Schweiz beobachtet, (b) mögliche Massnahmen prüft und (c) wichtige bundesrechtliche Vorschriften vor ihrem Erlass auf ihre Auswirkungen auf die Jugendlichen begutachtet. Sie kann von sich aus Anträge stellen.» (Art. 4).

Durch einen Bundesratsbeschluss vom 26. September 2003 wurde das Mandat der Kommission auch auf die Kinder erweitert.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort von Pierre Maudet, Präsident der EKKJ	6
Armut und soziale Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen: ein Tabu brechen Chantal Ostorero	7
Bilder zur Ausstellung «?arm – ausgeschlossen?»	10
Der Weg zur Ausstellung «?arm – ausgeschlossen?»	12
Kinder und Jugendliche kommen zu Wort Situationsdeutungen, Forderungen und Wünsche von armutsbetroffenen Kindern und Jugendlichen Adrian Zimmermann	15
Armut von Kindern in Deutschland – Möglichkeiten zur Armutsprävention Gerda Holz	24
Einmal arm – immer arm? Ergebnisse neuerer Forschung zur Armut junger Menschen Matthias Drilling	37
Gemeinsam und entschlossen gegen Armut Stéphane Rossini	49
Politische Forderungen der EKKJ	56
Zusammensetzung der EKKJ	65
Berichte der EKKJ	67



Vorwort

Die grosse sozialpolitische Errungenschaft des 20. Jahrhunderts besteht darin, dass wir die älteren Menschen in unserer Gesellschaft aus der Armut geholt haben. Durch die Einführung der AHV 1948 und der obligatorischen beruflichen Vorsorge 1985 profitiert heute eine ganze Altersgruppe von besseren materiellen Bedingungen als die Generation vor ihr im gleichen Lebensabschnitt. Leider gilt das nicht mehr für die jüngeren Generationen. Verglichen mit den Eltern verschlechtern sich ihre Lebensbedingungen zusehends.

Nach neuesten Zahlen sind rund 45% aller Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger in der Schweiz jünger als 25 (gegenüber 1,5% die älter als 65 sind). Die nächste grosse Herausforderung zu Beginn des 21. Jahrhunderts wird es also sein, die besorgniserregende Armutssituation in den Griff zu bekommen und rasch wirksame Lösungen gegen die materielle Unsicherheit zu finden, von der ein so wichtiger und unvermuteter Teil der Gesellschaft betroffen ist: Kinder und Jugendliche.

Die Handlungsfelder sind vielfältig: Es gilt, die Probleme zu erkennen und zu benennen; Lösungsansätze zu suchen; Strukturanpassungen vorzuschlagen; längerfristige Perspektiven aufzuzeigen... Im November 2006 hat die Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen das Tabu gebrochen indem sie ihre traditionelle «Bieler Tagung» der Armut und dem sozialen Ausschluss von Kindern und Jugendlichen gewidmet hat. Die Kommission hat sich nicht damit begnügt, die anstehenden Probleme auf den Tisch zu legen, sondern hat eine Reihe von konkreten Forderungen erarbeitet, die in vorliegender Publikation präsentiert werden. Nun liegt es an den einzelnen Entscheidungsträgern der schweizerischen Sozialpolitik, Lösungen zu entwickeln und das Problem auf nationaler Ebene mit höchster Priorität anzugehen. Nur so lässt sich verhindern, dass die tickende Zeitbombe, welche die zunehmend prekären Lebensverhältnisse vieler Kinder und Jugendlicher darstellt, den Generationenvertrag nachhaltig gefährdet. Vor diesem Hintergrund und in diesem Sinne laden wir Sie zur Lektüre der politischen Forderungen und des Berichtes ein.

Pierre Maudet, Präsident der EKKJ

Armut und soziale Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen: ein Tabu brechen

Armut ist in der Schweiz immer noch ein Tabu. Viele ziehen es vor, ausgegrenzt und verschuldet im Abseits zu leben, als das Gesicht zu verlieren und sich als arm bekennen zu müssen. Laut aktuellen Daten des BFS (Bundesamt für Statistik 2007) beziehen immer mehr Menschen in der Schweiz Sozialhilfe. Von Armut sind vor allem Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene betroffen. 2005 machten sie 44% aller Sozialhilfeempfänger aus. Kinder von arbeitslosen Eltern und Alleinerziehenden stehen an erster Stelle, ebenso Kinder mit Migrationshintergrund und Kinder mit mehr als zwei Geschwistern. Besonders hoch ist die Zahl der von Armut betroffenen Kinder und Jugendlichen in grossen urbanen Zentren. In den Städten ist fast jeder zehnte junge Erwachsene (zwischen 18 und 25 Jahren) Sozialhilfeempfänger. In Basel lebt sogar jedes siebte Kind in einer von Sozialhilfe abhängigen Familie. Kinderarmut ist demnach heute weit mehr als nur ein Randphänomen.

Die alarmierenden Zahlen haben die Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ) auf den Plan gerufen: Im Frühling 2005 hat die EKKJ beschlossen, die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen vorrangig zu behandeln. Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Integration der jungen Generationen ist für die Zukunft der Schweiz von enormer Bedeutung. Vor diesem Hintergrund hat die EKKJ ihre traditionelle Bieler Tagung vom 2. und 3. November 2006 dem Thema «Welche Zukunft? Armut und sozialer Ausschluss von Kindern und Jugendlichen» gewidmet.

Der folgende Bericht enthält eine Übersicht über die wichtigsten Schlussfolgerungen der Bieler Tagung und stellt verschiedene thematische Studien vor. Ein weiterer Schwerpunkt bilden die politischen Forderungen, die auf das Kleinkindalter, Bildung, Gesundheit und Familienpolitik zielen.

Ein komplexes Problem

Fakt ist, dass sich die Problematik von Armut und sozialer Ausgrenzung bei Kindern und Jugendlichen nicht so leicht erfassen lässt. Fachleute unterstreichen immer wieder die enorme Komplexität, aufgrund der mehrdimensionalen Armuts- und Ausgrenzungsfaktoren. In der Schweiz fehlen nicht nur statistische Informationen, sondern auch elementare Studien zum Thema, die über die Zahlendimension hinausgehen. Für eine kohärente und effiziente Bewältigung von Armut und Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen braucht es eine mit Kenntnissen fundierte Strategie. Wie beeinflussen sich armutsrelevante Faktoren gegenseitig? Wie erleben betroffene Kinder und Jugendliche die Situation? Welche Rolle und welche Bedeutung haben Schutzfaktoren und Bewältigungsstrategien? Diese Fragen gilt es in diesem Zusammenhang zu klären.

Kinder- und jugendzentrierte Sichtweise

In den Systemen der sozialen Sicherheit werden Kinder und Jugendliche vor allem als «Mitglied einer von Sozialhilfe abhängigen Familie» wahrgenommen. Wir wissen heute, dass Armut der grösste Risikofaktor für die kindliche Entwicklung darstellt. Die Auswirkungen zeigen sich bereits in frühesten Kindheit und die langfristigen Folgen gehen weit über Kindheit und Jugend hinaus. Was fehlt ist eine genaue Definition und empirische Messungen der kinds- und jugendbezogenen Armut, wie sie die Betroffenen erleben. Schutzfaktoren und geeignete Massnahmen, die die Armutsfolgen kompensieren sind nur schwer fassbar. Der von der deutschen Armutsforscherin Gerda Holz vorgeschlagene Paradigmenwechsel scheint uns unumgänglich. Um Präventions- und/oder geeignete Kompensationsmassnahmen vorzuschlagen, muss nicht nur die Situation des Kindes innerhalb der Familie bekannt sein, sondern es braucht eine explizite Fokussierung auf Kinder und Jugendliche: Wie sind sie von der Armut betroffen? Wie ist ihre subjektive Wahrnehmung? Welche persönlichen Ressourcen stehen ihnen zur Verfügung? Es geht darum, das Potenzial und die Ressourcen der Kinder zu erschliessen, um die Armutsfolgen der Familie zu begrenzen respektive zu vermeiden. Kinder sollen nicht mehr nur als Teil der von Armut betroffenen Familie wahrgenommen werden, sondern ihnen soll besondere und gezielte Aufmerksamkeit entgegengebracht werden.

Kinder- und Jugendarmut nicht verdrängen

In den Industrieländern, speziell in der Schweiz, werden Individuen an Leistung, Erfolg und Vermögen gemessen. Es herrscht deshalb die Vorstellung, Armut und soziale Ausgrenzung seien auf persönliche Defizite zurückzuführen. Auch Kinder und Jugendliche unterliegen dieser vereinfachten Sichtweise. Armutsbetroffene kleine Kinder werden meist noch bemitleidet, aber das ändert sich, wenn sie älter werden: Jugendliche Sozialhilfeempfänger werden oft als arbeitsscheue Faulenzer abgestempelt, ausländische Jugendliche als gewalttätig stigmatisiert. Allzu oft greifen die Medien dieses Bild in einseitiger Weise auf. Armut und soziale Ausgrenzung fallen deshalb in der Schweiz oft unter den Tisch. Stéphane Rossini entrüstet sich in seinem Beitrag darüber, *dass die Armutsbekämpfung in der Schweiz nicht Teil des kollektiven Bewusstseins und schon gar nicht des politischen Bewusstseins sei. Es werden weder Ziele noch gewissenhafte, kohärente Handlungsstrategien ausgearbeitet und strukturiert, um dem Problem beizukommen.* Die Schweiz bleibt von Armut nicht verschont, aber dennoch sucht man sie auf der politischen Agenda bis heute vergeblich.

Handeln können wir erst dann, wenn wir Kinder- und Jugendarmut nicht mehr totschiweigen und sie nicht nur als konjunkturelles oder wirtschaftliches Phänomen abtun. Es handelt sich um eine gesellschaftliche und nicht um eine individuelle Problematik. Gerda Holz erinnert daran, dass alle sozialen Schichten betroffen sind: *Treffen kann es jeden, das Kind eines wenig erfolgreichen Selbständigen, den Jugendlichen mit türkischer Herkunft ebenso wie das Mädchen aus einem sozialen Brennpunkt oder die Söhne einer allein erziehenden Akademikerin.*

Gesamtschweizerische Strategie zur Bekämpfung der Armut

Verschiedene Organisationen haben in den letzten Jahren Alarm geschlagen und auf die Armutssituation in der Schweiz aufmerksam gemacht. Darunter auch die Caritas und die Städteinitiative mit ihrer Frühlingskonferenz 2005 zum Thema «Jung, erwachsen und arm – Engpass oder Sackgasse?». Im Januar 2007 forderte die SKOS ausserdem eine gesamtschweizerische Strategie zur Bekämpfung der Armut.

Ein Hoffnungsschimmer also. Verschiedene parlamentarische Vorstösse, so insbesondere die Motion der Kommissionen für soziale Sicherheit und Gesundheit beider Räte, beauftragten den Bundesrat, eine nationale Konferenz zur beruflichen und sozialen Integration durchzuführen. Mitwirken sollen verschiedene Akteurinnen und Akteure der Armutsbekämpfung. Ziel der Konferenz ist die Entwicklung konkreter und koordinierter Massnahmen für einen nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung der Armut.

2003 fand bereits eine nationale Armutskonferenz statt, aus der allerdings keine konkreten Aktionen hervorgingen.

Die Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ) hofft nun, dass dieses Mal eine echte nationale Politik zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung zustande kommt und dass klare sozial-, wirtschafts- und bildungspolitische Strategien hervorgehen. Die Umsetzung konkreter Massnahmen darf dabei nicht ausser Acht gelassen werden. Der EKKJ geht es dabei vor allem darum, dass der Kinder- und Jugendarmut Rechnung getragen wird.

Auch versteckte Kinder- und Jugendarmut kann mittel- und längerfristig verheerende soziale Folgen haben. Es ist deshalb an der Zeit, die Armutsproblematik auf die politische Agenda zu setzen und den Generationenvertrag zu Gunsten der Jungen zu überdenken.

Die EKKJ will mit diesem Bericht ihren Beitrag dazu leisten.

Chantal Ostorero, Mitglied des Büros der EKKJ

Bilder zur Ausstellung «?arm – ausgeschlossen?»





Der Weg zur Ausstellung «?arm – ausgeschlossen?»

Was zuerst geschah

Unsere Lehrerinnen fragten uns, ob wir eine Ausstellung zum Thema «Armut und Ausschluss» gestalten möchten.

Zuerst konnten wir es uns nicht so richtig vorstellen, wie wir zu diesem schwierigen Thema eine Ausstellung machen sollten. Es wäre schon einfacher gewesen, eine Ausstellung über ein Tier zu machen oder über ein Land. Aber eben, unsere Lehrerinnen haben wohl nicht gerne einfache Sachen.

Ausstellung für die Tagung der Kommission für Kinder- und Jugendfragen am 2./3. 11. 06

Die Tagung fand zum Thema «Welche Zukunft? Armut und sozialer Ausschluss von Kindern und Jugendlichen» statt. Damit die Erwachsenen während dieser Tagung erfahren, wie Kinder über dieses Thema denken, durften wir eine Ausstellung dazu gestalten. Wir empfanden das als eine grosse Ehre. So waren wir nicht so sicher, ob wir das wirklich können. Unsere Lehrerinnen machten uns Mut.

Ideensammlung

Zuerst wollten wir verstehen, wer diese EKKJ überhaupt ist und was diese Kommission so macht. Es schien uns wichtig auch über den Bundesrat Bescheid zu wissen, denn an der Tagung trafen wir den Bundesrat Pascal Couchepin persönlich.

Weiter mussten wir Informationen über das Thema einholen und uns damit befassen. Als wir dies alles etwas verstanden, suchten wir gemeinsam Ideen, was wir an dieser Ausstellung alles ausstellen könnten.

Wir machten eine Liste mit allen Aufgaben, die wir erledigen mussten und staunten nicht schlecht, als unsere Türe mit vielen «to do- Listen» beklebt war. Ob das alles zu schaffen war?

An die Arbeit

So, nun mussten wir aber an die Arbeit gehen. Die Zeit war sehr knapp und wir konnten es uns nicht leisten zu trödeln. Nach vielen, vielen Arbeitsstunden entstand nach und nach eine interessante und vielseitige Ausstellung zum Thema «?arm – ausgeschlossen?».

Rede für Herrn Bundesrat Couchepin

Was nun noch fehlte, war die Rede für den Bundesrat Couchepin. Was sagt man so einem Bundesrat und wie sagt man es?

Zwei Gipsfiguren waren bereit, um sie dem Bundesrat zu schenken. Nun musste noch ein schlauer Text geschrieben werden. Es war wichtig für uns, ihm sagen zu können, dass wir Kinder kein Armutsrisiko für unsere Eltern sein wollen. Zwei Ideen hatten wir um das zu verhindern: Wir möchten, dass die Familiensteuern weniger hoch sind und dass die Löhne der Eltern so hoch sind, dass es keine Working Poor mehr gibt. Mit viel Durchhaltewillen schrieben ein paar Kinder zusammen die



Eine Dekorationsfigur wird gebastelt.



Viele Texte mussten in den Computer eingetippt werden.



Besucher studieren Thesen zum Thema «Armut und sozialer Ausschluss».

Rede. Das war vielleicht eine Herausforderung. Doch die noch grössere Herausforderung folgte an der Bieler Tagung. Sicher hundert Mal übten die Kinder die Rede für den Herrn Couchepin.

Ausstellung in Biel am 2. November 2006

Alles war bereit. Gemeinsam fuhren wir nach Biel. Im Auto hörten wir gerade den Bericht von Radio DRS über unsere Ausstellung. Das machte uns etwas stolz.

Um 18h war der grosse Moment: zwei Kinder eröffneten auf der grossen Bühne unsere Ausstellung, die die Tagungsbesucher anschliessend ansehen durften. Die Leute waren sehr interessiert und stellten viele Fragen. Es war spannend zu diskutieren und zu erklären. Am Schluss durften wir noch wie die Grossen ein Apérobuffet geniessen.

Treffen mit Pascal Couchepin

Am grossen Tag waren alle nervös. Ja, so ein Bundesrat kann einem schon etwas nervös machen. Uns beruhigte es, dass die Lehrerinnen auch noch da waren. Die haben nämlich immer viele Ideen und viel Charme, um eine brenzlige Situation zu entschärfen.

Als es soweit war, brachten wir dann unsere Texte leider etwas durcheinander. Sonst verlief alles prima. Herr Bundesrat Couchepin schien sich über die Gipsfiguren zu freuen. Die Leute im Saal hörten aufmerksam zu und lachten zwischendurch. Für uns war das ein grosses Erlebnis, das wir nie mehr vergessen werden.

Rückblick

Wir haben sehr viel gearbeitet und viel erreicht. Immer wieder standen wir vor Aufgaben, die uns unlösbar schienen. Manchmal hatten wir auch Krisen oder Krach oder auch beides zusammen. Aber das gehörte dazu. Das ist alles vergessen. Hauptsache, wir haben es geschafft. Wir sind sehr stolz auf unsere Ausstellung. Schliesslich ist es eine grosse Ehre, für die Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen eine Ausstellung zu gestalten und erst noch mit einem Bundesrat zu sprechen. Das passiert einem Kind in unserem Alter nicht jeden Tag.

Es hat viel Spass gemacht, das Projekt. Wir freuen uns sehr über die gute Zusammenarbeit mit den netten Leuten der EKKJ. Auch fanden wir die Tagungsbesucherinnen und Tagungsbesucher toll. Besonders die lobenden Worte taten im Herzen gut.

Das Projekt hat uns gezeigt, dass auch wir Kinder die grossen Leute auf schwierige Tatsachen aufmerksam machen und motivieren können, etwas dagegen zu unternehmen. Leider können wir nicht gerade die ganze Welt retten aber dennoch armen und ausgeschlossenen Menschen etwas Mut und Freude geben und ihnen zeigen, dass auch sie wichtig sind und dass wir an sie denken. Wir werden weiterkämpfen gegen Armut und sozialen Ausschluss. Helfen auch Sie mit?

Die Schüler/-innen der Kleinklassen an der Urtenen
Almedina, Anoya, Roger, Mergessa, Björn, Sandra, Alain, Reto, Ahmet,
Gökhan, Qendresa, Michi, Tona und Zeshan

Ihre Klassenlehrerinnen
Brigitte Gerber, Rita Candelotto und Livia Salis-Wiget

P.S. Zitate dieser Ausstellung sind über den ganzen Bericht verteilt. Die EKKJ dankt den Schülerinnen und Schülern der Kleinklassen an der Urtenen und ihren Klassenlehrerinnen herzlich für Ihre tolle Ausstellung und ihre wertvollen Beiträge zum besseren Verständnis von Armut.



Die Kinder überreichen Bundesrat Couchepin eine Gipsfigur.

Kinder und Jugendliche kommen zu Wort

Situationsdeutungen, Forderungen und Wünsche von armutsbetroffenen Kindern und Jugendlichen

Adrian Zimmermann, Mitglied der EKKJ und Historiker

1. Ein partizipatives Element an der Bieler Tagung

Kinder- und Jugendpolitik muss sich an den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen selbst ausrichten. Die EKKJ will auch in ihrer eigenen Arbeit dem Anspruch gerecht werden, Kinder- und Jugendpolitik in einem partizipativen Prozess von diesen selbst (mit-)gestalten zu lassen. Entsprechend sollen an der Bieler Tagung jeweils auch Kinder und Jugendliche, die von der Thematik selber betroffen sind, zu Wort kommen und ihre Bedürfnisse und Kompetenzen einbringen können.

Bei der Thematik «Armut und sozialer Ausschluss» war dies nicht ganz einfach. In den Industrieländern im Allgemeinen und in der reichen und leistungsorientierten Schweiz im Besonderen, ist die Meinung weit verbreitet, Armut und sozialer Ausschluss seien auf persönliche Defizite zurückzuführen. Die Wirkung dieser Vorurteile ist so stark, dass Betroffene sich häufig ihrer Armut schämen und ihre Bedürfnisse, im krassen Gegensatz zur landläufigen Klage über «Sozialmissbrauch», nur sehr zurückhaltend artikulieren. Es galt somit einen Weg zu finden, der den direkt betroffenen Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit gab, ihre Stimme in einer gerade ihrer Situation angemessenen würdigen Weise an der Tagung vernehmen zu lassen. Arme Kinder und Jugendliche sind nicht einfach bemitleidenswerte Opfer. Ohne in den umgekehrten Irrtum zu verfallen, die Armut zu romantisieren, gilt es auch nach den Potentialen zu fragen, die es armen Kindern und Jugendlichen ermöglichen, ihre Situation eigenständig zu meistern und Zukunftsperspektiven zu entwickeln, die aus dem Teufelskreis von Armut und sozialem Ausschluss herausführen.

Nach einer sorgfältigen Abwägung verschiedener Möglichkeiten, entschied sich die EKKJ schliesslich dafür, zwei Berichte die, auf Gesprächen mit armen Kindern und Jugendlichen aufbauen würden in Auftrag zu geben. Zwei entsprechende Mandate wurden erteilt: einerseits an ein Team von Experten für kommunale Jugend- und Gemeinwesenarbeit¹, bestehend aus Franz Kohler, Frank Awender, Michael Raith und Viviane Dubath; andererseits an Caroline Regamey, die das Ressort Sozialforschung beim Centre social protestant in Lausanne leitet.²

¹ Franz Kohler, Frank Awender, Michael Raith, Viviane Dubath, Selbstwahrnehmung von Kindern und Jugendlichen in Armut. Einzel- und Gruppengespräche mit von Armut betroffenen Kindern und Jugendlichen. Eine Studie im Auftrag der Eidgenössischen Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ), Rodersdorf, Dezember 2006

«Armut habe ich schon einmal gesehen in der Schweiz.
Ich weiss aber nicht mehr wo.»

Gesprächssequenzen aus Interviews beider Berichte konnten an der Tagung teils ab Band, teils schriftlich in anonymisierter Form präsentiert werden. Damit wurde die Tagung ihrem Anspruch gerecht, auch als Sprachrohr für arme Kinder und Jugendliche zu dienen, ohne ihre Persönlichkeit zu verletzen, die gerade unter den gegebenen Bedingungen eines besonderen Schutzes bedarf.

2. Thema und Methodik der Berichte

Der Bericht von Caroline Regamey berücksichtigt vor allem den wichtigen Problembereich des Übergangs von der Ausbildung ins Erwerbsleben. Der bisherige Forschungsstand (u.a. TREE) zeigt klar, dass der Übergang (Transition) zwischen der Volksschule und dem Arbeitsmarkt einer der entscheidendsten Momente in der beruflichen und sozialen Biographie ist. Wenn er misslingt, ist eine dauerhaft prekäre soziale Stellung so gut wie vorprogrammiert. Caroline Regamey führte – nach einer vertieften wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit den Resultaten der relevanten Forschung – Interviews mit je zwei jungen Männern und Frauen aus dem Raum Lausanne, die zum Zeitpunkt der Interviews von Übergangsangeboten Gebrauch machten. Weiter befragte Caroline Regamey ebenfalls in diesen Institutionen arbeitende Fachleute. Die Transkripte der vier Interviews mit den Jugendlichen wurden mit den Methoden der qualitativen Sozialforschung ausgewertet. Die kleine Zahl der Fälle wird dadurch mehr als aufgewogen, dass die Fälle exemplarisch die Problematik aufzeigen können: Die prekäre Stellung aller vier Jugendlichen ist das Resultat einer Kumulation struktureller Probleme (Lehrstellenmangel, zunehmende Kluft zwischen Schulwissen und am Arbeitsmarkt gefragten Fähigkeiten, selektives Schulsystem benachteiligt Jugendliche, die «nur» einen Realschul- statt Sekundarschulabschluss haben, Benachteiligung von Jugendlichen aus unterprivilegierten Milieus und mit bestimmter nationaler Herkunft) und kritischer Ereignisse in ihrem Lebenslauf (zerrüttete Familienverhältnisse, Schulversagen, psychische Probleme). Dabei legt die Studie nahe, dass gerade auch solche scheinbar individuellen Schicksalsschläge letztlich durch die strukturelle Benachteiligung bedingt sind.

Die auf insgesamt 41 Interviews mit Kindern und Jugendlichen aus verschiedenen Landesteilen und verschiedenen Altersgruppen beruhende Studie von Kohler, Awender, Raith und Dubath wählte eine grundlegend andere Methode: Hier führten sogenannte «Vertrauenspersonen», die in ihrem Berufsalltag mit armutsbetroffenen Kindern und Jugendlichen zusammenarbeiten, die Gespräche. Die Fülle von Aussagen seitens der betroffenen Kinder und Jugendlichen und seitens der in diesem Feld arbeitenden Fachpersonen ermöglicht wertvolle Einblicke ins Leben armer und sozial ausgegrenzter Kinder und Jugendlicher. Damit konnte die Kommission ein konkretes und relativ breit abgestütztes Bild davon gewinnen, wie die betroffenen Kinder

² Caroline Regamey, De l'école à la précarité. Éclairages sur la situation difficile de certains jeunes en période de transition école-métier, rapport destiné à la Commission fédérale pour l'enfance et la jeunesse, Lausanne, juillet 2006.

und Jugendlichen ihre soziale Situation erleben und welche Wünsche und Forderungen sie selbst erheben, um ihre prekäre Lage zu mildern oder gar beheben zu können.

3. Situation und Situationsdeutung der Kinder und Jugendlichen

Die in der Studie von Caroline Regamey untersuchten Einzelschicksale bestätigen und illustrieren auf eindrückliche Weise, den von der Armutsforschung herausgearbeiteten Befund, dass Armut als eine «multiple Deprivation» aufzufassen ist.³ Auch die Studie von Kohler, Awender, Raith und Dubath geht davon aus, dass eine «Kumulation von Schwierigkeiten» dafür verantwortlich ist, dass «so viele Menschen in der Schweiz in die Armutsfalle geraten».⁴

Ein selber betroffenes rund 15-jähriges Mädchen definiert Armut knapp und präzise genau in diesem Sinn: «*Arm ist, wenn man ausgeschlossen wird, weil man kein Geld hat. Wenn man keine Familie, keine Verwandten und keine Wohnung hat.*»⁵

Der in der Armutsforschung ebenfalls eine zentrale Rolle spielende Unterschied zwischen absoluter und relativer Armut⁶ ist gerade Jugendlichen mit Migrationshintergrund ebenfalls klar bewusst, so etwa einem 18 Jahre jungen Mann aus dem Raum Basel:

«*Ich fühle mich nicht gerade arm, aber vielleicht ein bisschen untergeordnet... wenn es um Geld geht und so. Wenn ich zu Anderen nach Hause gehe, zu denen, die Geld haben, dann sehe ich schon, dass das eine andere Welt ist... wenn ich aber in mein Heimatland gehe, dann sehe ich, was wirklich Armut heisst. Dagegen habe ich ein Luxusleben.*»⁷

Diese Aussage verweist darauf, dass viele der befragten Kinder und Jugendlichen sich selbst nicht als «arm» fühlen. Vielmehr betonen die im Rahmen der Studie von Franz Kohler, Frank Awender, Michael Raith und Vivianne Dubath befragten Jugendlichen häufig die Ressourcen und Potentiale, die es ihnen ermöglichen, sich auch unter widrigsten Umständen zu behaupten.

«Arm» hat umgangssprachlich mehrere Bedeutungen und die wenigsten davon sind für die so bezeichneten Personen schmeichelhaft. Wer «arm» ist, gilt als bemitleidenswert, ein Opfer, ja bisweilen wie in der Wendung «geistig arm» sogar als dumm. Es ist schon angesichts dieser negativen Konnotation wenig verwunderlich, dass viele der befragten Kinder und Jugendlichen sich selbst nicht als «arm» bezeichnen wollen. Ein 8-jähriger Junge srilankischer Herkunft aus einer bernischen Landgemeinde verneint die Frage, ob er denke, dass er «selbst arm» sei, wie folgt: «*Nein, ich denke ich bin stark.*» Auf die Frage ob er sich nicht doch «manchmal arm» fühle, erzählt er dann, wie er von den anderen Kindern ausgeschlossen wird: «*Doch, manchmal, wenn die*

³ Vgl. den Beitrag von Gerda Holz zum vorliegenden Bericht.

⁴ Kohler et al., S. 2.

⁵ Kohler et al., S. 10.

⁶ Vgl. dazu ebenfalls G. Holz

⁷ Kohler et al., S. 11.

Kinder mich schlagen. Ich mag das nicht und damit muss ich dann zu meiner Lehrerin, um ihr das zu sagen.» Der Junge erzählt dann weiter, wie er von den anderen Kindern in der Schule ständig geplagt wird, er fühlt sich oft ausgeschlossen und weiss nicht, warum ihn die anderen Kinder schlagen. Auch von der Mutter wird er manchmal geschlagen.⁸

Und auch die älteren Kinder und Jugendlichen sehen den sozialen Ausschluss als die gravierendste Auswirkung der Armut *«Erst wer keine Kollegen oder Freunde hat, die sich um einen kümmern, der ist wirklich arm»*, meint eine Jugendliche.⁹

Trotzdem benennen die Kinder und Jugendlichen in anderen Passagen der Gespräche jeweils durchaus die prekären finanziellen Verhältnisse in denen sie leben, als Hauptursache ihrer schwierigen Situation. Der schon zitierte junge Mann aus dem Raum Basel meint dazu:

*«Ich kenne viele Leute, die arm sind. Ich fühle mich schon auch als arm, dieses Gefühl überkommt mich recht häufig. Ich erlebe es als schwierig, damit umzugehen. Ich komme mit wenig Geld über die Runden. Es belastet mich sehr, wenn es meiner Familie nicht gut geht, wegen den finanziellen Problemen.»*¹⁰

Neben den prekären finanziellen Verhältnissen der Herkunftsfamilien sind die zu stark auf Selektion ausgerichtete Schulbildung und der Lehrstellenmangel als die hauptsächlichsten strukturellen Ursachen dafür anzusehen, dass eine wachsende Zahl von Jugendlichen den Sprung von der Schule in den Arbeitsmarkt nicht schafft.

So thematisieren die Jugendlichen wiederholt die eingeschränkten Chancen für Realschüler auf dem Lehrstellenmarkt, so auch die 17-jährige Estelle aus dem Raum Lausanne, die gerne Kosmetikerin würde, sich aber auch für Lehrstellen im Verkauf bewirbt und sich wünschen würde *«dass die Chefs zuerst mal weniger auf die Schulnoten schauen. Das wäre gut. Wenn man schaut, sind es doch meistens die Realschüler (VSO) die es schwer haben... Die Sekundar- (VSG) und die Bezirksschüler (VSB) können ja aufs Gymnasium oder die Uni gehen und so. Die Realschüler können das nicht... Was haben die schon für Möglichkeiten? ...»*¹¹

Und der in der selben Region wohnhafte 20-jährige Kyo, der von einer Karriere als Berufskampfsportler träumt und nach einer abgebrochenen Bäckerlehre und mehreren Praktika und Zwischenlösungen nun eine Vorlehre für die Ausbildung als Kleinkindererzieher absolviert, hat auch eine einleuchtende Erklärung für diese Diskriminierung der Realschüler:

⁸ Transkript Interview mit K., 8-jährig, Sohn von Asylbewerbern (Sri-Lanka), wohnhaft am Rand der Zentrumsgemeinde einer ländlichen Region, Kohler et al. S. 14 f.

⁹ Kohler et al, S. 13.

¹⁰ Kohler et. al., S. 11.

¹¹ Regamey, S. 21, Die Abkürzungen stehen für folgende Schultypen: Voie secondaire à options (VSO) entspricht der niedrigsten Schulstufe (davon wird ein Teil der SchülerInnen in Kleinklassen (R) unterrichtet), Voie secondaire générale (VSG) legt ein starkes Gewicht auf die Berufswahl, Voie secondaire de baccalauréat (VSB) bereitet auf den Übertritt ins Gymnasium vor. Die Zitate aus der Studie Regamey wurden vom Sprachdienst des BSV ins Deutsche übersetzt.

«[...] ich bin auch nicht anders als die anderen, ist doch logisch, der Chef kriegt dreissig Bewerbungen, hat 50 Briefe auf seinem Pult, ist doch klar, dass der nicht schaut, ob du motiviert bist, das sind doch die ersten, die sagen «Du bist Sekundarschüler (G), ok, Du hast die Stelle. Du bist auf der Realschule (O) oder in einer Kleinklasse (R), tut mir leid, Du kriegst die Stelle nicht.»¹²

Und der 17-jährige Mickey erzählt, dass seine einmal angehäuften schulischen Defizite immer noch die zentrale Hypothek auf der Stellensuche darstellen und ihn dazu führten, seine Ansprüche zunehmend herunterzuschrauben:

«Wo es halt wirklich fehlt, ist bei den [...] Schulkenntnissen. Das testen die immer. Bei den Berufen, für die ich mich zuerst interessiert habe, war immer das das Problem. Und auch jetzt schaffe ich es ja immer noch nicht.»¹³

4. Strategien und Forderungen der Kinder und Jugendlichen

Wie bewältigen nun die betroffenen Kinder und Jugendlichen ihren Alltag und welche Forderungen stellen sie explizit an ihr unmittelbares Umfeld aber auch an Wirtschaft und Politik? Welche Rolle spielen dabei die von Gerda Holz in ihrem Beitrag zu diesem Bericht genannten «Schutzfaktoren», die, wenn vorhanden, die Wirkungen der Armut teilweise abfedern können?

Der schon zitierte achtjährige Junge aus Sri Lanka möchte, dass «jemand da wäre, der mir ganz hilft» gegen seine ihn quälenden SchulkollegInnen. Zwar helfen ihm die Gespräche mit der Tagesmutter und der Lehrerin, aber im entscheidenden Moment ist er dann doch allein. Mit 20 Jahren möchte er «ein Auto kaufen und ein Haus und ein Büro» und er möchte Lehrer werden. Dieser Berufswunsch ist unschwer ebenfalls als ein Ausdruck seines aktuellen Bedürfnisses nach einer schützenden Autorität vor dem Mobbing seiner KlassenkameradInnen und nach seinem damit verbundenen Wunsch als «stark» zu gelten, zu erkennen: «Wenn ich Lehrer bin, sage ich allen Kindern, was verboten ist.»¹⁴

Über die Rolle der Schule klaffen die Wahrnehmungen auseinander. Ein 9-jähriges, auf dem Land lebendes Mädchen mit Schweizerpass meint:

«In der Schule geht es eigentlich gut, ich gehe gerne. Meine Kolleginnen habe ich da auch.»¹⁵

Während diese Einschätzung auch von anderen Kindern geteilt wird, sehen die älteren Jugendlichen in der Transitionsphase die Schule rückblickend meist sehr kritisch, so Mickey:

«Es ist schwierig, weil für mich damals einfach alles zuviel war. Es hat mich nicht interessiert, die Kleinklassen, die Kurse fand ich blöd [...] Die Schule hat mich kalt gelassen... Den Lehrern, denen war das egal. Die sitzen ja nur ihre

¹² Ebd. R steht für Kleinklassen.

¹³ Ebd., S. 20.

¹⁴ Interview mit K., Materialien zum Bericht Kohler et al.

¹⁵ Kohler, et. al. S. 18.

Stunden ab. Da hast du auch keine Prüfungen, Du weisst nicht, wo du stehst, und dann kommt es ja auch darauf an, wie viele Plätze frei sind... Und wie ich dann in der Realschule (VSO) war – ich war nur zwei Jahre dort – war es wie vorher in der R... da waren wir... da war es wirklich echt ... das unterste Niveau, da sind tausend Sachen, von denen wir nichts mitbekommen haben, wir hatten keine Geometrie, Algebra gab es nicht. Ich war wirklich der Schlechteste, der Letzte der ganzen Realschule. Schliesslich habe ich meinen Abschluss geschafft, aber am Schluss hatte ich wirklich genug von allem...»

Besonders über die Zeit in der Kleinklasse äussert er sich kritisch:

«[...] man schickte mich dorthin, da waren dann meistens nur frustrierte Kids. Das habe ich wirklich nicht gebraucht. Wenn etwas schief geht, dann bestimmt dort. Diese Kleinklassen haben mir nichts gebracht, sie haben mir die Schulzeit regelrecht versaut.»¹⁶

Die Schule scheint zudem bisweilen blind zu sein für Ursachen von schulisch schwachen Leistungen oder auffälligem Verhalten, die ausserhalb der Schule selbst liegen. Im Fall des eindeutig überdurchschnittlich intelligenten und interessierten Kyo waren es seine äusserst zerrütteten und gewalttätigen familiären Verhältnissen, die auch seine schulische Laufbahn torpedierten. Rückblickend wirft er der Schule vor, seine Lage nie richtig erfasst zu haben

«Die Schule... die wird wirklich völlig falsch dargestellt... Ich hatte zum Beispiel Probleme zu Hause, da hat man mich halt einfach in eine Kleinklasse (R) gesteckt, zu den Schülern die Probleme mit dem Schulstoff haben... Man hat mir schulische Probleme angehängt, obwohl ich gar keine hatte... Ich hatte Verhaltensstörungen, die darauf zurückzuführen waren, dass meine Mutter mich schlug. Sie schlug auch meine Schwester, ich musste sie mehrmals verteidigen... Ich ass nichts und am nächsten Morgen in der Schule war ich wie weggetreten... Ich verstand nichts. Ich habe enorm viel verpasst, weil ich manchmal eingesperrt wurde...zur Bestrafung! Dann musste ich vielleicht eine Woche zuhause bleiben und durfte nicht zur Schule gehen, und genau das hat dann ja wieder mir selbst geschadet.»¹⁷

In so gut wie allen Interviews lassen sich Aussagen finden, die die zentrale Rolle der Freunde und der Peer-Group hervorheben. Freundschaftliche Beziehungen unter Leuten in einer ähnlichen Situation bieten auch eine Möglichkeit, sich gegenseitig zu unterstützen, wie ein Jugendlicher berichtet:

«Man wird halt einfach nicht akzeptiert... dann musst du halt zu den Leuten gehen, die genau gleichgestellt sind, die «ärmer» sind. Und dann macht man halt mit denen, was die so machen, was sich alle leisten können.»¹⁸

Und eine 18-jährige junge Frau meint sogar schlicht:

«Wären meine Kolleginnen und Kollegen nicht, ich weiss nicht, ob ich heute noch leben würde.»¹⁹

¹⁶ Regamey, S. 34.

¹⁷ Ebd.

¹⁸ Kohler et al., S. 14.

Ähnliches gilt in vielen Fällen für die Familie, die sich als Schutz- und Trutzgemeinschaft bewähren kann, wie ein in der Stadt lebender Jugendlicher ausländischer Herkunft berichtet:

«Zuhause fällt es [Armut/Geldnöte, Anm. d Verf.] keinem auf, das ist Familie. Wir sprechen auch nicht darüber. Da hat man eine andere Einstellung.»²⁰

Besonders Müttern gelingt es in vielen Fällen, die schlimmsten Folgen der Armut von ihren Kindern fernzuhalten. Beispiel dafür ist die folgende Aussage eines 14-jährigen, auf dem Land lebenden Knaben:

«Auch wenn meine Mutter sehr gut einteilen muss, sie macht dies wirklich so gut, dass wir kaum was davon merken.»²¹

Dass Familien und Mütter allerdings nicht zwingend ein schützender Faktor sind, zeigt der dazu in scharfen Kontrast stehende Lebenslauf von Kyo, der von seiner selber als Kind geschlagenen, mit den Erziehungsaufgaben vollkommen überforderten und sich zeitweise prostituierenden Mutter wiederholt auf brutalste Weise misshandelt wurde. Als er zwischen 13 und 14 Jahren alt war, intervenierte einmal der Jugendschutz, dies allerdings in einer Art und Weise, die für ihn die Situation nur verschlimmerte:

«[...] der Jugendschutz ist auch gekommen [...] aber sie haben alles nur noch viel schlimmer gemacht, sie haben mich zur Seite genommen und ich habe ihnen meine Version erzählt, meine Mutter erzählte ihre Version... Sie hat geweint und ihnen etwas vorgespielt [...] Sie weinte und spielte die nette Mutter und dann zu Hause... [Geste]. Auf dem Heimweg sah ich schon meine Mutter vor mir, die mir drohte «Dich werd ich lehren!» Zuhause angekommen, war es dann noch viel schlimmer...»²²

Aufgrund solcher mangelnder Unterstützung bei konkreten Problemen hat Kyo gegen die Jugend- und Sozialbehörden eine scharf ablehnende und misstrauische Haltung, und auch bei anderen Kindern und Jugendlichen lässt sich in diese Richtung eine teilweise erhebliche Skepsis feststellen.

Generell ist es vor allem die Hilfe zur gegenseitigen Selbsthilfe in verschiedensten Formen, die von den meisten Jugendlichen als taugliches Hilfsmittel angesehen wird, *«Wir müssen zusammenhalten und uns gegenseitig helfen und unterstützen.»²³*

Es sind vor allem die älteren Jugendlichen, die Forderungen stellen, an denen politische Antworten durchaus anknüpfen können. So appelliert Kyo an die Lehrmeister:

«Den Lehrmeistern möchte ich sagen: «Hallo, wacht auf, wir haben ein Problem. Hört auf die Kinder auszubeuten, es könnten eure eigenen sein. Ihr müsst

¹⁹ Kohler et al., S. 16. Die sinngemäss gleiche Aussage macht auch Kyo, Regamey S. 28 f.

²⁰ Kohler et, S. 15.

²¹ Kohler et al, S. 15.

²² Regamey, S. 32.

²³ Kohler et al., S. 16. Die Aussage stammt von einem männlichen, in der Stadt lebenden Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

wirklich damit aufhören. Ein Praktikant ist da, um sich Einblick in einen Beruf zu verschaffen, ein Lehrling, um etwas zu lernen und nicht, um ausgebeutet zu werden». Das ist das Wichtigste...und dann braucht es auch mehr Lehrstellen. Ich kenne massenhaft Leute, die Mühe haben eine Stelle zu finden, wirklich viele. Und es gibt bestimmt noch mehr, unzählige mehr, denen es genauso geht. Es muss wirklich etwas getan werden. Den Lehrlingen möchte ich sagen: «Hört auf euch zu beklagen und legt euch ins Zeug, wenn ihr eine Lehrstelle habt. Seht zu, dass ihr sie behalten könnt, denn eine andere zu finden ist sehr schwer.»²⁴

Immer wieder fordern die Jugendlichen auch, dass sie und ihre missliche Lage endlich wahr- und ernstgenommen werden sollten, so etwa die 17-jährige Estelle, die folgende Mahnung an die Erwachsenen hat:

«Es sollten viel mehr Erwachsene um die Zukunft der Jugendlichen besorgt sein, denn es wird immer schwieriger. Es gibt viele Jugendliche, die keine Stelle haben, und sie haben immer mehr Mühe überhaupt etwas zu finden... Auch die Erwachsenen finden es daneben, dass die Jugendlichen heute keine Lehrstellen mehr finden.»²⁵

Der ebenfalls bereits mehrfach zitierte, 18-jährige Basler meint schlicht:

«Die sich alles leisten können, sollen sich einmal hineinversetzen, wie es ist, wenn man nicht so viel oder nichts hat.»²⁶

Kyo, der einmal wochenlang ohne ärztliche Pflege mit einem gebrochenen Fuss herumliefe, weil seine Mutter die Kosten für die Arztrechnung scheute und die Lehrer ihm Simulation vorwarfen²⁷ und der später für zwei Wochen auf der Strasse und im Wald lebte, nachdem er von seinem Vater buchstäblich im Morgengrauen im kalten Februar auf die Strasse gestellt wurde, beendet sein Interview mit folgenden eindrücklichen Worten:

«Ich kann nicht verstehen, dass es so etwas überhaupt noch gibt. In der heutigen Zeit, wo alles von Fortschritt spricht und so, das ist mir unbegreiflich. Ich verstehe nicht, wie es soweit kommen kann, dass ein Kind draussen schlafen muss. Es geht mir nicht in den Kopf, ich begreife es nicht. Das wollte ich einmal gesagt haben.»²⁸

²⁴ Regamey, S. 19.

²⁵ Regamey, S. 17.

²⁶ Kohler et al., 20.

²⁷ Regamey, S. 28.

²⁸ Regamey, S. 42.

5. Schlussfolgerungen

Die Interviews geben der Armut von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz in einer eindrücklichen Art und Weise ein Gesicht. Zudem bestätigen und illustrieren sie auch für unser Land die im Rahmen dieses Berichts durch Gerda Holz vorgestellten Hauptresultate der Armutforschung: Armut ist in hochentwickelten Industriestaaten im Wesentlichen eine relative Armut, die sich vorab als sozialer Ausschluss manifestiert. Doch auch bei uns kann Armut zu einer drastischen, durchaus auch physischen Gefährdung der Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen führen. Konkret fassbar wird in den Lebensläufen der betroffenen Kinder und Jugendlichen vorab in eindrücklicher Weise der Prozess der «multiplen Deprivation»: Strukturelle Faktoren wie die prekäre finanzielle Lage der Herkunftsfamilie, das selektive Schulsystem und der Lehrstellenmangel verbinden sich mit familiären und gesundheitlichen Problemen zu einem Teufelskreis, aus dem nur schwer wieder hinauszufinden ist. Soll die Armut und der soziale Ausschluss wirksam bekämpft werden, müssen deshalb einerseits die strukturellen Bedingungen zugunsten der Benachteiligten verändert werden, andererseits gezielt die im Bereich der Familie, der Schule und der Gruppen der Gleichaltrigen liegenden Potentiale zur Selbsthilfe gefördert und unterstützt werden.

«Armut ist, wenn man arm ist und nichts zu Essen hat.
Und wenn man nichts zu Essen hat,
kann man eine schlimme Krankheit bekommen.»

Armut von Kindern in Deutschland – Möglichkeiten zur Armutsprävention

Gerda Holz, Sozialwissenschaftlerin und Armutsforscherin,
Frankfurt am Main

Treffen kann es jeden, das Kind eines wenig erfolgreichen Selbständigen, den Jugendlichen mit türkischer Herkunft ebenso wie das Mädchen aus einem sozialen Brennpunkt oder die Söhne einer allein erziehenden Akademikerin. Armut von Kindern ist gegenwärtig eine der grössten sozialpolitischen Herausforderungen in Deutschland und impliziert vielfältige individuelle wie gesellschaftliche Problematiken. Nachfolgend werden Ursachen, Ausmass, Betroffenheit und Risiken von Armut für Kinder skizziert. Daran schliesst sich die Vorstellung des kindbezogenen Armutskonzeptes an, anhand dessen Armut bei Kindern erkennbar und empirisch messbar wird. Die Auswirkungen zeigen sich bereits in frühester Kindheit und haben langfristige Folgen weit über Kindheit und Jugend hinaus. Armut ist der grösste Risikofaktor für die kindliche Entwicklung und zugleich finden sich Schutzfaktoren, die die Chancen einer erfolgreichen Bewältigung der Notlage erhöhen und so zur Begrenzung respektive Vermeidung von negativen Armutsfolgen beitragen. Damit sind Gesellschaft und Staat eine Vielzahl von Möglichkeiten zu einer kindbezogenen Armutsprävention eröffnet. Dessen Erläuterung als Ansatzes sozialer Gegensteuerung bildet das Ende des Aufsatzes.

Armut ist ein gesellschaftliches Problem

Definitionen von Armut gibt es zahlreiche und vielfältige. Allgemein wird eine grundlegende Unterscheidung zwischen absoluter und relativer Armut vorgenommen. Erstere hebt ab auf das physische Existenzminimum, das zum Überleben notwendig ist. Diese Situation trifft weder für Deutschland noch für alle westeuropäischen Staaten mit hohen Wohlstandsniveaus zu. Relative Armut zielt auf das Versorgungsniveau der jeweiligen Gesellschaft ab und orientiert sich anhand dortiger gesellschaftlicher Mindeststandards. Innerhalb dieses Definitionsansatzes lassen sich weitere konzeptionelle Differenzierungen vornehmen, wobei im Wesentlichen der eindimensionale Ressourcenansatz und der mehrdimensionale Lebenslagenansatz zur Armutsmessung dienen. Letzterer nimmt das Versorgungsniveau in unterschiedlichen Lebenslagebereichen (Einkommen, Gesundheit, Wohnung, Bildung, soziale Teilhabe usw.) in den Blick und ermöglicht die differenzierte Erfassung von Versorgungs- bzw. Unterversorgungsniveaus. Daraus ergeben sich zugleich immer auch Messprobleme, die so im eindimensionalen Ressourcenansatz nicht gegeben sind. Hier wird lediglich danach gefragt, welche finanziellen Mittel einer Person zu Verfügung stehen. Innerhalb der EU wird Armut zunehmend durch Zusammenführung beider Ansätze definiert und gemessen.

Die Festlegung einer Einkommensarmutsgrenze ist gleichwohl nie ohne Werturteile möglich. Dabei wird auf allgemeine Normen wie den Beschluss des Ministerrates der Europäischen Gemeinschaft vom

19.12.1984 zurückgegriffen. Hiernach sind diejenigen Menschen als arm zu bezeichnen, *«die über so geringe materielle, kulturelle und soziale Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist.»*¹ Armut ist also mehr, als nur wenig Geld zu haben. Sie beraubt Menschen ihrer materiellen Unabhängigkeit und damit der Fähigkeit, über existenzielle Fragen, über ihr «Schicksal» selbst zu entscheiden. Sie wirkt mehrdimensional auf die gesamte Lebenslage eines Menschen und bestimmt dessen Gestaltungs-, Handlungs- und Entscheidungsspielräume.

Auf EU-Ebene und damit für alle Mitgliedsstaaten ist Armut aktuell definiert anhand einer *Armutsrisikogrenze*. Als armutsgefährdet gilt jemand, dessen Äquivalenzeinkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Äquivalenzeinkommens (Median) des jeweiligen EU-Mitgliedstaates beträgt.² Des Weiteren werden Risikogrenzen für die unterschiedlichen Haushaltstypen (Single, Familienhaushalt usw.) berechnet. Dazu wird je nach Anzahl der Haushaltsmitglieder das jeweilige bedarfsgewichtete Nettoäquivalenzeinkommen³ des Haushaltes errechnet. Die Armutsrisikogrenze für einen Haushalt mit einer erwachsenen Person lag 2004 in Deutschland bei 856 EUR pro Monat. Arm ist demnach, wer weniger zur Verfügung hatte. Ein Haushalt mit einer allein erziehenden Mutter mit zwei Kindern unter 14 Jahren war 2004 arm, wenn ihr weniger als 1370 EUR, und ein Ehepaar mit zwei Kindern unter 14 Jahren war arm, wenn ihnen weniger als 1798 EUR im Monat netto zur Verfügung standen.⁴

Als die drei wesentliche Ursachen für Armut von Erwachsenen in Deutschland gelten (Langzeit-)Erwerbslosigkeit sowie Erwerbstätigkeit auf niedrigem Zeitniveau und mit Niedriglohn. Bisher nur selten wird nicht oder nur gering entlohnte Haus-/Pflege-/Erziehungs-/Sorgearbeit einbezogen. Gerade die beiden letztgenannten Ursachen sind in überwältigendem Masse frauenspezifisch geprägt. Darüber hinaus können Überschuldung, Scheidung oder Trennung, Behinderungen oder multiple Problemlagen ursächlich sein. Kinder, die in Haushalten mit einem oder mehreren der genannten sozialen Merkmale aufwachsen, sind besonders armutsgefährdet. Nicht alle Bevölkerungsgruppen sind gleichermaßen von Armut betroffen, sondern es finden sich gruppenbezogen unterschiedliche *Risiken*. Besondere Armutsrisiken weisen Personen auf, die einen Migrationshintergrund haben, die allein erziehend

¹ Kommission der Europäischen Gemeinschaft 1991: 4.

² Daneben kommt in Deutschland weiterhin die von der Armutforschung favorisierte «alte» 50-Prozent-EU-Armutsgrenze (Mittelwert) zur Anwendung.

³ Um Einkommen von Haushalten verschiedener Größen vergleichen zu können, werden sog. Äquivalenzgewichte verwendet. Annahme hierbei ist, dass durch gemeinsame Haushaltsführung Kosten eingespart werden («economies of scale»). Deshalb wird das verfügbare Haushaltseinkommen nicht durch «Köpfe» respektive die Anzahl der Haushaltsmitglieder, sondern durch die Summe von sog. Personengewichten geteilt. Bei der «neuen» OECD-Skala erhält der Haushaltsvorstand das Gewicht 1, während andere Haushaltsmitglieder, die älter als 15 Jahre sind, 0,5 erhalten und Kinder (15 Jahre und jünger) das Gewicht 0,3.

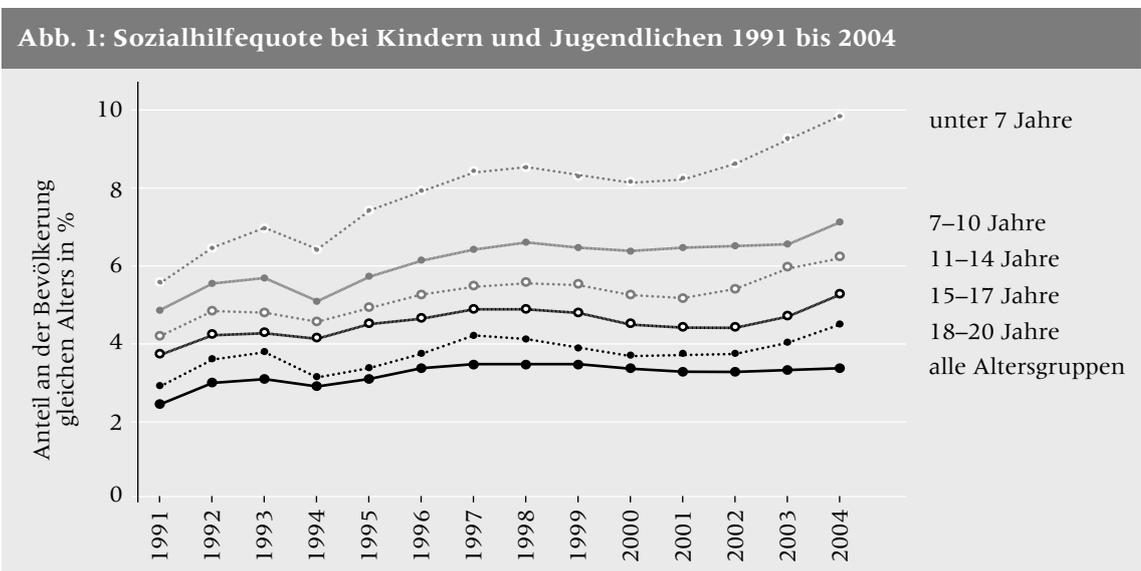
⁴ Vgl. Statistisches Bundesamt 2006: 17-19.

«Armut ist, wenn die Menschen kein Geld,
kein Zuhause oder nur wenig Nahrung haben.»

sind, eine niedrige Bildungsqualifikation aufweisen und/oder in sozial belasteten Quartieren leben. Kinder, deren Eltern diese sozialen Merkmale haben, sind ebenfalls besonders armutsgefährdet.

Kinderarmut als Massenphänomen

Ende 2003 lebten rund 1,1 Millionen unter 18-Jährige von Hilfe zum Lebensunterhalt (allgemein: Sozialhilfe), das machte 37 Prozent aller SozialhilfeempfängerInnen aus. Bezogen «nur» 3,4 Prozent der Gesamtbevölkerung diese staatliche Unterstützungsleistung, lag die Quote bei den Minderjährigen mit 7,2 Prozent gut doppelt und bei den unter 3-Jährigen mit 11,1 Prozent mehr als dreimal so hoch. Die Altersgruppe der 7- bis 14-Jährigen wies noch 6,4 Prozent, also eine fast doppelt so hohe Quote, aus (vgl. Abb. 1).



Aufgrund des Asylbewerberleistungsgesetzes ergeben sich für das Jahr 1994 in der Sozialhilfestatistik rückläufige Empfängerzahlen.
Quelle: Statistisches Bundesamt 2006; eigene Darstellung.

2005 erfolgte im Rahmen grundlegender Arbeitsmarktreflexionen auch eine Neuordnung der Bezugsrechte sowie der Regelleistungen von Sozialgeld für nicht erwerbstätige/erwerbsfähige Menschen in Deutschland. Mädchen und Jungen unter 15 Jahren zählen zur Gruppe der nicht Erwerbsfähigen. Im Sommer 2006 erhielten rund 1,9 Millionen oder 15,6 Prozent aller Minderjährigen unter 15 Jahren Sozialgeld.⁵ Je nach Region und Ort variieren die Quoten mit Tendenz der Zunahme. So sind die ostdeutschen Bundesländer aber auch westdeutsche Grossstädte überdurchschnittlich betroffen. Hier lebt aktuell bis zu jede/r dritte unter 15-Jährige/r von Sozialgeld und gehört damit zur Gruppe Armutsbetroffener. Zudem sind Kinder im Vor- und im Grundschulalter am stärksten betroffen – und das in der Altersphase mit dem grössten Potenzial zur Herausbildung individueller Ressourcen und Kompetenzen.

⁵ Vgl. Bundesagentur für Arbeit 2006.

Gefährdet sind vor allem vier Gruppen: Kinder von (langzeit-)erwerbslosen Eltern, in Ein-Eltern-Familien, in Familien mit Migrationshintergrund oder mit mehr als zwei Geschwistern. Weiterhin unterliegen Mädchen und Jungen in Grosstädten – dort in benachteiligten Stadtteilen/Quartieren – einem höheren Risiko. Trotzdem leben in Deutschland zahlenmässig die meisten armen Kinder in deutschen Familien und auf dem Land. Offenkundig wird: Einfache Zuschreibungen und Erklärungsmuster reichen nicht aus.

Armut hat ein eigenes Kindergesicht, das sichtbar und messbar ist

Um das Kindergesicht der Armut erkennen und ermitteln zu können, ist die *Leitfrage* bedeutsam: Was kommt (unter Armutsbedingungen) beim Kind an? Weiterhin sind folgende *Grundbedingungen* eines kindgerecht(er)en Armutsbegriffes zu berücksichtigen:

- Die Definition muss vom Kind ausgehen (kindzentrierte Sichtweise). Zu berücksichtigen sind die Lebenssituation der untersuchten Altersgruppe und die jeweils anstehenden Entwicklungen, aber auch die subjektive Wahrnehmung der Kinder.
- Gleichzeitig muss der familiäre Zusammenhang, die Gesamtsituation des Haushaltes, berücksichtigt werden. Noch viel weniger als Erwachsene leben Jugendliche und vor allem Kinder als Monaden, d. h. als in sich geschlossene und nicht mehr auflösbare Einheit. Vielmehr ist ihre Lebenssituation in vielen Bereichen von der Lebenslage der Eltern direkt abhängig.
- Eine Armutsdefinition für Kinder und Jugendliche ist notwendigerweise mehrdimensional. Eine rein auf das (Familien-)Einkommen bezogene Armutsdefinition geht an der Lebenswelt der Kinder vorbei. Die einbezogenen Dimensionen müssen geeignet sein, etwas über die Entwicklung und Teilhabechancen der betroffenen Kinder auszusagen.
- Gleichfalls darf Armut von Kindern nicht als Sammelbegriff für deren benachteiligende Lebenslagen verwendet werden. Nur wenn eine materielle Mangellage der Familie – nach definierter Armutsgrenze – vorliegt, soll von Armut gesprochen werden.

Zur Bewertung der Entwicklungsbedingungen bzw. -möglichkeiten armer Kinder im oben verstandenen Sinn – vor allem im Vergleich zu ökonomisch besser gestellten Kindern – sind folgende Lebenslagedimensionen zu berücksichtigen:

(1) Materielle Situation des Haushaltes («familiäre Armut»)	
(2–5) Dimensionen der Lebenslage des Kindes	
(2) <i>Materielle</i> Versorgung des Kindes	Grundversorgung (z. B. Wohnen, Nahrung, Kleidung)
(3) «Versorgung» im <i>kulturellen</i> Bereich	Bildung (z. B. Arbeits-, Spiel- und Sprachverhalten)
(4) Situation im <i>sozialen</i> Bereich	soziale Integration
(5) Psychische und physische Lage	Gesundheit (z. B. Gesundheitszustand, körperliche Entwicklung)

«Armut ist arm und Ausschluss ist Schluss.»

Für die Abgrenzung «armer Kinder» bedeutet das: Von «Armut» wird immer und nur dann gesprochen, wenn «familiäre Armut» vorliegt, das heisst, wenn das Einkommen der Familie des Kindes bei maximal 50 Prozent resp. 60 Prozent des deutschen Durchschnittseinkommens liegt. Mädchen und Jungen, bei denen zwar Einschränkungen bzw. eine Unterversorgung in den oben genannten Lebenslagedimensionen (2–5) festzustellen sind, jedoch keine familiäre Armut vorliegt, sind zwar als «arm dran» oder als benachteiligt zu bezeichnen, nicht jedoch als «arm».

Um einen umfassenden Blick auf die kindliche Lebenssituation zu erhalten, lassen sich die genannten vier Dimensionen in einem *Lebenslageindex* zusammenführen. Dieser umfasst drei *Lebenslagetypen* «Wohlergehen», «Benachteiligung» und «multiple Deprivation»:

- Von *Wohlergehen* wird dann gesprochen, wenn in Bezug auf die zentralen (Lebenslage-) Dimensionen aktuell keine «Auffälligkeiten» festzustellen sind, das Kindeswohl also gewährleistet ist.
- Eine *Benachteiligung* liegt gemäss Definition dann vor, wenn in einigen wenigen Bereichen aktuell «Auffälligkeiten» festzustellen sind. Das betroffene Kind kann in Bezug auf seine weitere Entwicklung als eingeschränkt beziehungsweise benachteiligt betrachtet werden.
- Von *multipler Deprivation* schliesslich ist dann die Rede, wenn das Kind in mehreren zentralen Lebens- und Entwicklungsbereichen «auffällig» ist. Das Kind entbehrt in mehreren wichtigen Bereichen die notwendigen Ressourcen, die eine positive Entwicklung wahrscheinlich machen.

Dergestalt theoretisch entwickelt und beispielsweise durch die AWO-ISS-Studien⁶ empirisch erprobt, lässt sich Kinderarmut wie folgt *definieren*. Wird von Armut bei Kindern gesprochen, dann gilt:

- Ausgangspunkt ist Einkommensarmut.
- Das Kind lebt in einer einkommensarmen Familie.
- Es zeigen sich kindspezifische Erscheinungsformen von Armut in Gestalt von materieller, kultureller, gesundheitlicher und sozialer Unterversorgung.
- Die Entwicklungsbedingungen des Kindes sind beeinträchtigt, wobei dies ein Aufwachsen mit Benachteiligungen oder in multipler Deprivation umfassen kann.
- Die Zukunftsperspektiven des Kindes sind eingeschränkt.

Armutsfolgen bei sechs- und zehnjährigen Kindern

So lässt sich nachweisen, dass arme Mädchen und Jungen im Vergleich zu nicht-armen doppelt so viele Auffälligkeiten hinsichtlich der materiellen, sozialen, kulturellen und gesundheitlichen Lebenslagedimensionen haben (vgl. Tab. 1). Zur Erinnerung: Arm ist ein Kind, wenn es in einer Familie lebt, die – gemäss EU-Armutsdefinition – mit weniger

⁶ Vgl. Hock/Holz/Simmedinger/Wüstendörfer 2000; Holz/Skoluda 2003; Holz/Richter/Wüstendörfer/Giering 2006.

Tab. 1: Anteil armer und nicht-armer Kinder im Alter von 6 Jahren mit Defiziten nach Lebenslagebereichen (N = 893)

Lebenslagedimension	Arme Kinder	Nicht-arme Kinder
Grundversorgung	40,0%	14,5%
Gesundheitliche Lage	30,7%	19,7%
Kulturelle Lage	36,0%	17,0%
Soziale Lage	35,6%	17,6%

Quelle: «Armut im Vorschulalter 1999». Vgl. Hock/Holz/Wüstendörfer 2000: 50.

als 50 Prozent des durchschnittlichen gewichteten Haushaltsnettoeinkommens auskommen muss.

Zur materielle Grundversorgung: Rund 40 Prozent der armen gegenüber ca. 15 Prozent der nicht-armen Kinder weisen Mängel auf. Am deutlichsten äussert sich familiäre Armut im verspäteten und unregelmässigen Zahlen von Essensgeld und sonstigen Beiträgen für Aktivitäten in der KiTa. Häufig kommen arme Kinder hungrig in die Einrichtung und/oder dem Kind fehlt die körperliche Pflege. Seltener dagegen zeigt sich ein Mangel an notwendiger Kleidung. *Zum sozialen Bereich:* Arme Mädchen und Jungen suchen weniger häufig den Kontakt zu anderen Kindern in der KiTa, nehmen weniger aktiv am Gruppengeschehen teil, äussern seltener ihre Wünsche und sind weniger wissbegierig. Zugleich ist eine beginnende Ausgrenzung zu beobachten: So werden arme Kinder häufiger von den anderen Kindern in der KiTa gemieden.

Tab. 2: Anteil armer und nicht-armer Kinder im Alter von 10 Jahren mit Defiziten nach Lebenslagebereichen (N = 500)

Lebenslagetyp	Arme Kinder (<50%)	Nicht-arme Kinder		
		Prekärer Wohlstand (50%–75%)	Unterer Durchschnitt (75%–100%)	Oberer Durchschnitt (>100%)
Materielle Lage/ Grundversorgung	51,6%	9,2%	5,3%	0,0%
Kulturelle Lage	37,7%	19,0%	9,5%	3,6%
Soziale Lage	34,6%	16,0%	15,8%	3,6%
Gesundheitliche Lage	25,8%	23,3%	21,1%	8,4%
N = 500	159	163	95	83

Quelle: Holz/Richter/Wüstendörfer/Giering 2006: S. 66.

«Arme Kinder haben keinen Ball,
kein Velo und keine modernen Kleider.»

Abb. 2: Soziale Ressourcen B'98:
Kindspezifisches Netzwerk für Braker Grundschüler/-innen der Kontrollgruppe

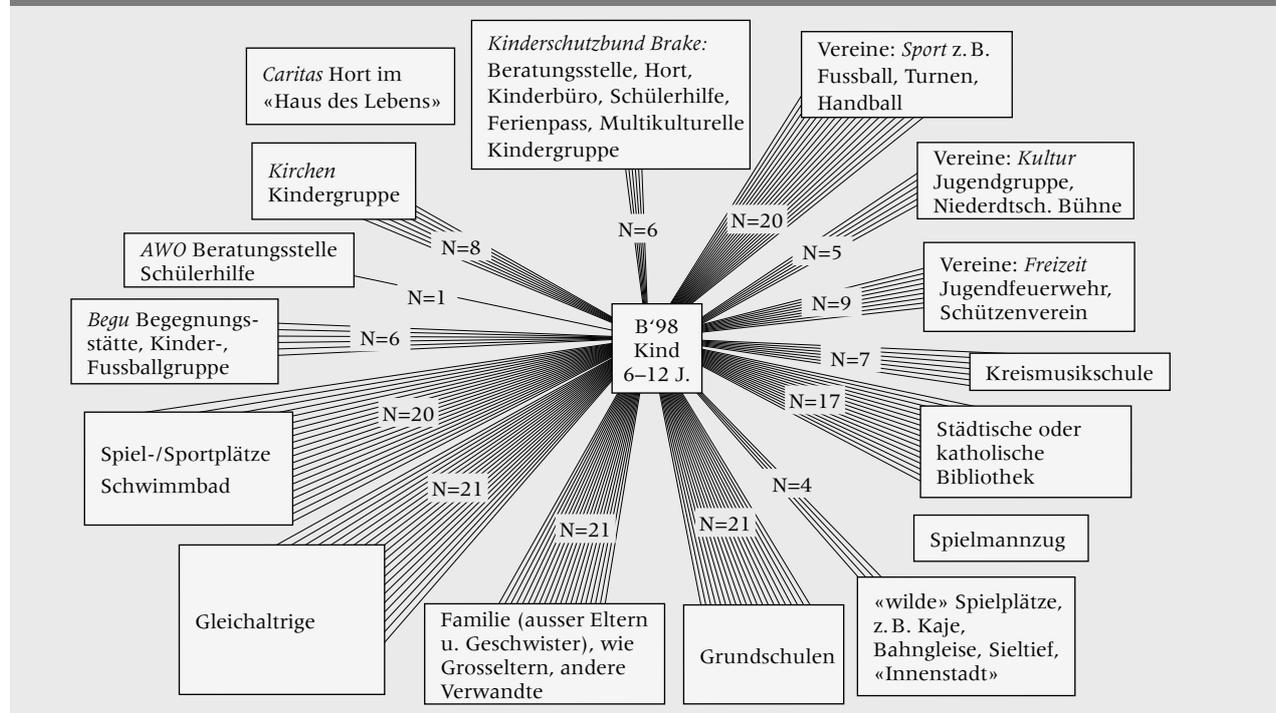
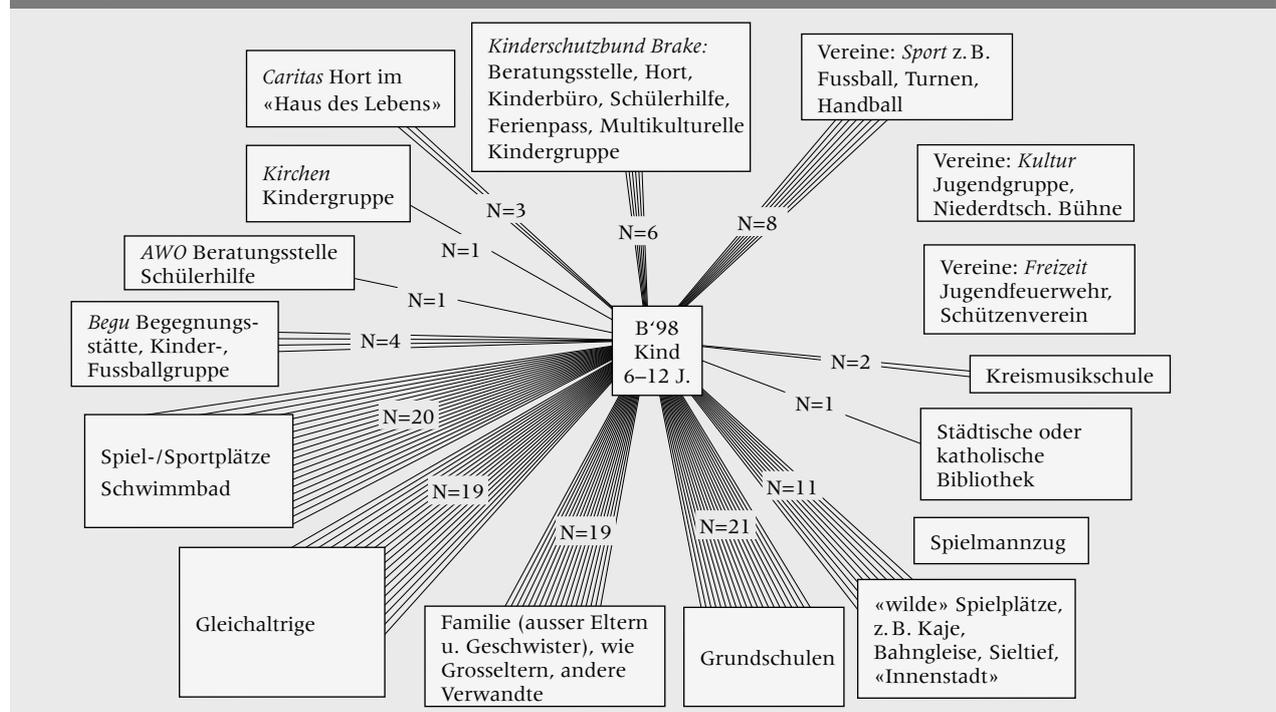


Abb. 3: Soziale Ressourcen B'98:
Kindspezifisches Netzwerk für Braker Grundschüler/-innen in Unterversorgungslagen



Quelle: Antje Richter (2000). Anhang.

Der grösste Unterschied – wenig überraschend – ist erneut im materiellen Bereich festzustellen: Vor allem Kinder mit Migrationshintergrund sind hier überdurchschnittlich betroffen. Ausdruck der Mangellage bei den 10-Jährigen ist z. B. kein eigenes Zimmer zu haben und Einschränkungen bei der Kleidung und/oder beim Spielzeug hinnehmen zu müssen. Zur sozialen Lage: Arme Kinder können z. B. seltener andere Kinder mit nach Hause bringen oder ihren Geburtstag feiern. Sie haben weniger Gelegenheiten, über Vereinsaktivitäten soziale Kontakte zu schliessen und zu pflegen. Das zeigen besonders die Analysen von Richter zum sozialen Netzwerk von 6- bis 12-Jährigen mit und ohne Unterversorgungslagen (vgl. Abb. 2 und 3). Die skizzierten Spinnen belegen zum einen die beachtlichen Ressourcen von Minderjährigen in diesem Alter. Der Vergleich offenbart zum anderen sehr eindrücklich die eklatante Benachteiligung armer Mädchen und Jungen. Bei ihnen entfällt die Nutzung fast aller kulturellen Angebote. Der Zugang zu den Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe gemäss Sozialgesetzbuch VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz) ist bereits eingeschränkt.

Das Spektrum des Aufwachsens reicht von «Wohlergehen» bis «multipler Deprivation».

Die Gesamtlebenssituation der Mädchen und Jungen ist sehr differenziert. Armut ist dabei die zentrale, aber nicht die alleinige Determinante. Es ist von einem höchst komplexen Zusammenspiel verschiedener individueller, familiärer und sozialer Faktoren auszugehen. Die Bewältigung der Lebenssituation erfolgt durch Eltern sowie Kinder unterschiedlich. Folglich sind die Einzelfaktoren ebenso wie deren Kumulation und das Bewältigungshandeln zu betrachten. Die Bandbreite möglicher Entwicklungsverläufe der Jungen und Mädchen ist gross. Genauso zeigt sich aber auch, dass arme Kinder weitaus mehr in den Lebenslagetypen «Benachteiligung und Multiple Deprivation» zu finden sind während nicht-arme Kinder mehr und mehr eine Entwicklung hin zum Lebenslagetyp «Wohlergehen» machen (vgl. Tab. 3). Beide Gruppen verändern sich also eher gegenläufig.

Tab. 3: Kindspezifische Lebenslagen der Kinder im Alter von 6 und 10 Jahren

Lebenslagetyp	6 Jahre (1999) (N = 893)		10 Jahre (2003/04) (N = 500)	
	Arme Kinder	Nicht-arme Kinder	Arme Kinder	Nicht-arme Kinder
Wohlergehen	23,6%	46,4%	15,1%	47,5%
Benachteiligung	40,3%	39,8%	46,5%	41,9%
Multiple Deprivation	36,1%	13,7%	38,4%	10,6%
Gesamt	100%	100%	100%	100%

Quellen: «Armut im Vorschulalter 1999».
«Armut im späten Grundschulalter 2003/04. Eigene Zusammenstellung.

«Arme Kinder können manchmal nicht in die Schule gehen.»

Die Spreizung zwischen Wohlergehen und multipler Deprivation bei armen wie nicht-armen Kindern sind Ergebnis von Sozialisationsprozessen und -bedingungen ab Geburt, sie bilden zugleich die Grundlage für den weiteren kindlichen Entwicklungsprozess. Dieser kann zu einer Verfestigung von Defiziten aber auch genauso zu einer Verbesserung oder Verschlechterung der Lebenslage und Zukunftschancen der Betroffenen führen. Generell gilt, je früher, je schutzloser und je länger Kinder einer Armutssituation ausgesetzt sind, desto rasanter fährt der Fahrstuhl nach unten und um so geringer wird die Möglichkeit, individuell die eigentlichen Potenziale herauszubilden, Zukunftschancen zu bewahren. Die Ergebnisse der AWO-ISS-Langzeitstudie belegen zweierlei: Zum einen ist eine hohe Dynamik in den Entwicklungsverläufen der Kinder erkennbar, jedes zweite Kind wechselt zwischen dem sechsten und zehnten Lebensjahr den Lebenslagetyp. Es gilt also nicht «einmal arm immer arm» und «einmal multipel depriviert – immer multipel depriviert». Zum anderen finden sich stark divergierende Lebens- und Entwicklungsverläufe. Unter den armen überwiegen negative Verläufe, d. h. Zunahme von Auffälligkeiten in den Lebenslagen und Wechsel des Lebenslagentyps, z. B. von Benachteiligung nach multipler Deprivation. Bei den nicht-armen Kindern dominiert eine gefestigte positive Entwicklung, also z. B. Verbleib im Wohlergehen. Arme Kinder unterliegen verstärkt Krankheitsrisiken (z. B. durch frühere und häufigere Suchterkontakte, Adipositas), einer niedrigeren Bildungs- und Berufskarriere oder auch einer höheren sozialer Auffälligkeit (z. B. durch Gewalterfahrungen, sei es als Opfer oder als Täter).

Schutzfaktoren können die Folgen des Risikofaktors «Armut» auffangen helfen

Über welche individuellen, sozialen und kulturellen Ressourcen ein Kind verfügt und welche Handlungsstrategien respektive welches Bewältigungshandeln bei Belastungen entwickelt werden, rückt in Deutschland mehr und mehr in den Blick von Forschung und Praxis. Die (Resilienz-⁷)Forschung zeigt, dass persönliche, familiäre und ausserfamiliäre Ressourcen auf die (früh-)kindliche Entwicklung einwirken und eine Vielzahl von intervenierenden Variablen beinhalten. Ebenso sind ausserfamiliäre Förderangebote und Sozialisationsinstanzen wie KiTas und der unmittelbare Lebensraum entscheidende Einflussfak-

⁷ Unter Resilienz werden die psychischen Widerstandskräfte von Kindern gegenüber biologischen, psychologischen und psychosozialen Entwicklungsrisiken verstanden. Resilienz umfasst eine positive, gesunde Entwicklung trotz hohem Risiko-Status, die beständige Kompetenz unter extremen Stressbedingungen sowie die positive bzw. schnelle Erholung von traumatischen Erlebnissen.

⁸ Als Risikofaktor wird ein Merkmal bezeichnet, das bei einer Gruppe von Individuen, auf die dieses Merkmal zutrifft, die Wahrscheinlichkeit des Auftretens einer Störung im Vergleich zu einer unbelasteten Kontrollgruppe erhöht. Es gibt zwei Gruppen: (a) biologische und psychologische Merkmale des Individuums = Vulnerabilität (z. B. schwieriges Temperament) und (b) psychosoziale Merkmale der Umwelt des Individuums = Stressoren (z. B. Armut, schlechtes Familienklima). Schutzfaktoren wiederum sind Merkmale, die die potenziell schädlichen Auswirkungen von Belastungen vermindern oder ausgleichen. Es finden sich zwei Gruppen: (a) Personale Ressourcen – Resilienz (d. h. protektive Faktoren, die in der Person des Kindes liegen) und (b) soziale Ressourcen (d. h. Faktoren, die in der Betreuungsumwelt des Kindes und hier wiederum inner- und/oder ausserhalb der Familie liegen). Vgl. Richter 2006.

toren. Sie wirken als Risiko- und/oder Schutzfaktoren.⁸ Armut ist der grösste Risikofaktor für die kindlichen Lebenschancen. Die AWO-ISS-Studien belegen gleichwohl auch Schutzfaktoren – in beachtlicher Zahl und wirkungsvoll (vgl. Tab. 4).

Tab. 4: Schutzfaktoren für Kinder im frühen und mittleren Kindesalter – Eine Auswahl	
<p>Kindliche Faktoren</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Soziale und intellektuelle Kompetenz ■ Kreativität und Talent ■ Im Temperament tendenziell flexibel und in der Beziehungsgestaltung annäherungsorientiert ■ Selbstwirksamkeitserwartung und Leistungsmotivation ■ Positives Selbstwertgefühl und Selbstsicherheit ■ Emotional warmherzige Beziehung zur Mutter ■ Erziehungsklima positiv, wenig konflikthaft, offen und die Selbständigkeit der Kinder fördernd ■ Vorhandensein eines besten Freundes oder einer besten Freundin ■ Gute und enge Kontakte zu einem ausserfamiliären Erwachsenen ■ Soziales Netzwerk ■ Aktiv-problemlösender Copingstil ■ Vielfältige Lern- und Erfahrungsräume 	<p>Inner-/ausserfamiliäre Faktoren</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Situationsgerechtes Handeln der Eltern, das möglichst erfolgreich ist und keine zusätzliche Belastung darstellt ■ Positives Familienklima, aufbauend auf einer guten Partnerbeziehung ■ Positive Eltern-Kind-Beziehung mindestens eines Elternteils ■ Einbindung in ein stabiles Beziehungsnetzwerk zu Verwandten, Freunden, Nachbarn ■ Vorhandensein von Zukunftsvorstellungen und -perspektiven für sich und das Kind ■ Investition in die Zukunft der Kinder, vor allem durch Förderung ihrer sozialen Kontakte und Kompetenzen ■ Gewährleistung von ausserfamiliären Kontaktmöglichkeiten und von Teilhabe an kindlichen Alltagsaktivitäten ■ Nutzung von ausserfamiliären Angeboten zur Entlastung, Reflexion und Regeneration

Quelle: «Armut im Vorschulalter 1999», «Armut im frühen Grundschulalter 2001». Vgl. Holz/Puhlmann 2005, S. 38.

Bedeutsam ist vor allem das elterliche Bewältigungshandeln. Gerade bei armen Familien besteht ein Zusammenhang zwischen dem elterlichen Gefühl von weitgehender Kontrolle – finanziell, sozial, emotional – über ihr Leben und ihrer Fähigkeit, Belastungen zu bewältigen. Für alle Familien gilt: Je besser den Eltern die Gestaltung des sozialen Netzwerkes und die Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen gelingt, desto stärker tritt ein Entlastungsgefühl ein. Beide Empfindungen stehen wiederum im Zusammenhang mit einer Vorbildfunktion für die Kinder und mit innerfamiliärer Ver-/Zuteilung von Ressourcen. Die elterlichen Bewältigungsmuster reichen von eigenem Verzicht (z. B. von Mahlzeiten am Tag) und Einschränkungen (z. B. beim Einkauf von Kleidung) über selbstbezogene Kompensation (z. B. durch Verbrauch des Geldes für den Kauf von Zigaretten, Alkohol oder der Finanzierung eines elterlichen Hobbys) bis hin zum Erschliessen von zusätzlichen Ressourcen (z. B. Nutzung von Kleiderkammern, Essenstafeln, Tauschbörsen, Hilfen inner- und ausserhalb der Familie). Die Kinder selbst nehmen Armut früh wahr und entwickeln vor dem Hintergrund des familiären Umgangs ein eigenes Bewältigungsverhalten. Zutrauen, Selbstbewusstsein und offensive, von Erwachsenen fördernd und positiv gestaltete Prozesse zur «Aneignung der Welt» (vgl. Elschenbroich 2002) sind dabei wichtige Determinanten, um Grundlagen für den weiteren Entwicklungsprozess und die Förderung von (Selbst-)Kompetenz zu schaffen. Hierin sind arme Kinder häufiger und massiver eingeschränkt.

«Arme Kinder sind Kinder, die von den Erwachsenen zu wenig Zeit bekommen.»

Fehlen innerhalb der Familie die Ressourcen sowie die elterlichen Kompetenzen oder Potenziale, um den eigenen Kindern ein Aufwachsen im Wohlergehen zu ermöglichen, dann ist es umso wichtiger, eine Kompensation oder Ergänzung durch ausserfamiliäre Förderung zu erhalten. Folglich sind arme Kinder in doppelter Weise von dem Vorhandensein und den tatsächlichen Aneignungsmöglichkeiten solcher Faktoren – im Sinne sozialer Ressourcen – abhängig. Daher sind die Lebenswelt, vor allem der Lebensraum von (armen) Kindern zu berücksichtigen. Als Lebenswelt im Vor- und Grundschulalter gelten in erster Linie die Familie, die KiTa bzw. Schule und die Beziehungen zu Gleichaltrigen (peers). Als Lebensraum geraten entsprechend dem kindlichen Entwicklungsprozess das direkte Wohnumfeld, das Quartier, der Stadtteil, die Stadt usw. ins Blickfeld. Typisch ist, dass arme Kinder überdurchschnittlich häufig in einem sozial benachteiligten, das heisst unterdurchschnittlich mit sozialen Ressourcen ausgestatteten, Quartier gross werden. Hier kann von einer doppelten Benachteiligung und Belastung von armen im Vergleich zu nicht-armen Kinder ausgegangen werden.

(Armen) Kindern steht zudem eine unterschiedliche Anzahl an Schutzfaktoren zur Verfügung. Es besteht ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Gesamtzahl von Schutzfaktoren und dem Lebenslagetyp. Im Wohlergehen aufwachsende Kinder weisen mehr Schutzfaktoren (13,7) auf als multiple deprivierte (11,3 Faktoren)⁹. Es besteht weiterhin ein Zusammenhang zwischen der Zahl der verfügbaren Schutzfaktoren und dem kindlichen Entwicklungsverlauf: Kinder, die gefestigt im Wohlergehen aufwachsen verfügen über mehr Schutzfaktoren als Kinder, die konstant multipel depriviert sind (13,6 vs. 10). Die Gestaltung von Rahmenbedingungen des Aufwachsens haben unmittelbare Wirkung auf die Lebenslage und das Bewältigungsverhalten von Minderjährigen. Es sind nicht Selbstheilungskräfte (der Familie), sondern soziale Förderung, Ausgleich und Umverteilung, die den Kindern eine wirkliche Zukunft eröffnen. Das Wissen wiederum eröffnet mannigfache Chancen zum gesellschaftlichen und staatlichen Handeln im Sinne einer kindbezogenen (Armut-)Prävention.

Ansatz und Elemente einer kindbezogene Armutsprävention

Armutsprävention muss primär darauf ausgerichtet sein, (noch) vorhandene Ressourcen der Betroffenen wahrzunehmen und zu sichern bzw. auszubauen. Sie beinhaltet insofern das Erlangen und den Erhalt eines existenzsichernden Einkommens, die gesellschaftliche Teilhabe sowie die Aktivierung des Selbsthilfepotentials und die Stabilisierung des Selbstwertgefühls des Einzelnen im Kontext seiner Lebenswelt und seines Alltags.

Eine kindbezogene Armutsprävention beginnt spätestens mit der Geburt, eigentlich schon während der Schwangerschaft. Sie hat die Sozialisationsbedingungen allgemein und speziell vor Ort in den Blick zu nehmen. Sie wird besonders durch die Arbeit von Fachkräften in den

⁹ Vgl. Holz/Richter/Wüstendörfer/Giering 2006: 191–200. Zahl in den Klammern = arithmetischer Mittelwert.

Einrichtungen und Projekten ermöglicht bzw. überhaupt erst gesichert. Daneben kommt dem Engagement von Einzelnen im sozialen Netzwerk der Mädchen und Jungen grosse Bedeutung zu. Eine präventiv ausgerichtete Arbeit für Kinder zielt auf die Schaffung und Gestaltung von existentiellen Entwicklungsmöglichkeiten des Minderjährigen sowie auf die Stützung und Stärkung des kindlichen Umfeldes, ganz besonders der Familie, ab.

Armutsprävention bei Mädchen und Jungen meint im Kern die Vermeidung und/oder Bewältigung von Folgen familiärer Armut. Sie zielt auf die Herausbildung von Potentialen und Ressourcen der Kinder und soll die Selbst-, die sozialen und die Alltagskompetenzen fördern. Grundlage dessen sind allgemeine Bildungsziele entsprechend dem Motto «Stärken stärken und Schwächen schwächen». Elemente einer kindbezogenen Armutsprävention sind:

- Begonnen wird zum (jeweils) frühestmöglichen Zeitpunkt.
- Die existentiellen Lebens- und Entwicklungsmöglichkeiten des Kindes werden gesichert.
- Die Förderung von Teilhabe, Integration, Bildung und Gesundheit ist wichtiger Bestandteil.
- Das «Aufwachsen des Kindes im Wohlergehen» im Hier und Jetzt sowie sein Wohlergehen in der Zukunft sind das Hauptziel.
- Die Eltern und die Familie sind erste Adressaten.
- Die Lebenswelt der Kinder (KiTa, Schule, Nachbarschaft, Stadtteil usw.) ist zu berücksichtigen.
- Die Förderung und Stärkung der Potentiale und Ressourcen des Kindes werden umgesetzt.
- Mögliche kindliche Entwicklungsdefizite werden verhindert oder bewältigt.
- Die Kinder werden gestärkt durch das Erlernen von problemlösendem Bewältigungshandeln.
- Die zentralen Garanten für den Zugang zu sozialen Ressourcen sind umfassende ausserfamiliäre Angebote (Bildung und Erziehung, Betreuung sowie Beratung). Diese müssen jedem Kind finanziell zugänglich und emotional ansprechen.
- Träger und Fachkräfte des Bildungs-, Sozial-, Gesundheitswesens usw. sind mitverantwortlich für bedarfsgerechte und passgenaue Förderangebote.
- Politik und Verwaltung auf kommunaler, Landes- und/oder Bundesebene gestalten primärpräventiv wirkende gesellschaftliche Rahmenbedingungen.

«Armut kann ich verstecken, indem ich meine Familie frage, ob sie mir Kleider ausleihen. So sehe ich nicht mehr so arm aus.»

Literaturhinweise

- Bundesagentur für Arbeit (2006): Grundsicherung für Arbeitssuchende. Entwicklung bis Juli 2006. Nürnberg.
- Elschenbroich, Donata (2002): Weltwissen der Siebenjährigen. Wie Kinder die Welt entdecken können. München.
- Holz, Gerda (Hg.) (2006): Armut bei Kindern. KiTa spezial 4/2006. Kronach
- Hock, Beate; Holz, Gerda; Wüstendörfer, Werner (2000): Frühe Folgen – Langfristige Konsequenzen? Armut und Benachteiligung im Vorschulalter. Vierter Zwischenbericht zu einer Studie im Auftrag des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt. Frankfurt am Main.
- Holz, Gerda; Puhmann, Andreas (2005): Alles schon entschieden? Wege und Lebenssituation armer und nicht-armer Kinder zwischen Kindergarten und weiterführender Schule. Frankfurt am Main.
- Holz, Gerda; Richter, Antje; Wüstendörfer, Werner; Giering, Dietrich (2006), Zukunftschancen von Kindern – Wirkung von Armut bis zum Ende der Grundschulzeit, Frankfurt am Main.
- Holz, Gerda; Skoluda, Susanne (2003): Armut im frühen Grundschulalter. Eine vertiefende Untersuchung zu Lebenssituation, Ressourcen und Bewältigungshandeln von Kindern. Frankfurt am Main.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Schlussbericht des zweiten europäischen Programms zur Bekämpfung der Armut 1985–1989, Brüssel 1991.
- Richter, Antje (2000): Wie erleben und bewältigen Kinder Armut? Eine qualitative Studie über die Belastungen aus Unterversorgungslagen und ihre Bewältigung aus subjektiver Sicht von Grundschulkindern einer ländlichen Region. Aachen.
- Richter, Antje (2006): Was brauchen arme Kinder? – Resilienzförderung und Armutsprävention, in KiTa spezial 4/2006, S. 9–13.
- Statistisches Bundesamt (Hg.) (2006): Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus Leben in Europa für Deutschland 2005. Wiesbaden.

Einmal arm – immer arm?

Ergebnisse neuerer Forschung zur Armut junger Menschen

Matthias Drilling, Dozent an der Hochschule für Soziale Arbeit der Fachhochschule Nordwestschweiz, Basel

1 Ausgangslage: Armut in der Mitte der Gesellschaft

Standen zu Beginn des Sozialstaates die «klassischen» Armutsgruppen (Obdachlose, Randgruppen, chronisch Kranke) im Zentrum der Bedürftigen, finden wir heute zunehmend Erwerbslose im «besten» Erwerbstätigenalter, Menschen mit unzureichendem Erwerbseinkommen, allein erziehende Frauen (und manchmal auch Männer), kinderreiche Familien oder Migrant/-innen unter den armen Haushalten. Dieser Strukturwandel ist unter dem Begriff der «neuen Armut» (Geissler 1976) bekannt geworden und hat u. a. zur Konsequenz, dass die Sozialhilfe vor der Herausforderung steht, neben ihrer überbrückenden Funktion, auch eine langfristig Einkommen ersetzende (vor allem bei Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen) und eine subsidiäre Funktion (vor allem bei «working poor» sowie Jugendlichen in Ausbildung) zu haben. Es scheint, als sei Armut seit den 1990er Jahren konsequent in die Gesellschaft diffundiert, habe heute das Zentrum der Gesellschaft erreicht. Hübinger (1996) versuchte dies durch den Begriff des «prekären Wohlstandes» auszudrücken: Armut zeigt sich in allen gesellschaftlichen Schichten und auch eine Ausbildung, bisher eindeutiges Merkmal, um auf der Seite der «Gesicherten» zu stehen, schützt nicht mehr unbedingt davor.

Gesellschaftliche Ungleichheit findet in räumlicher Ungleichheit ihr Pendant. Quartiere entstehen, die das Label «sozialer Brennpunkt» erhalten, die von den Besserverdienenden verlassen werden, sobald das erste Kind ins schulreife Alter kommt; die sich von Kinder- und Fachärzten entleeren, weil die Behandlung der Standardversicherten sich nicht mehr rentiert. Armut und Reichtum hängen unmittelbar zusammen und von Seiten der Forschung werden zunehmend die negativen Folgen dieser Verknüpfung thematisiert: «Wenn es stimmt, dass Armut die Kehrseite der Leistungs- und Konkurrenzgesellschaft ist, also soziale Ausgrenzung die Kehrseite von sozialem Aufstieg ist, dann werden Ausmass und Qualität sozialer Ausgrenzung nicht trotz, sondern wegen eines steigenden Wohlstandes zunehmen.» (Huster 2002, 45)

Unter diesen ambivalenten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen vollzieht sich heutiges Aufwachsen und es gibt genug Anlass dazu, von einer wachsenden Ungleichheit zwischen «guter» und «benachteiligter Kindheit» zu sprechen (Chassé, Zander and Rasch 2005, 31).

2 Armut junger Menschen: finanzielle, soziale und kulturelle Aspekte

Die Labilisierung von Lebenslagen sowie die Strukturveränderung in der Armutsbevölkerung lassen sich statistisch nachzeichnen. Dabei sind das Ausmass und die Betroffenheit von Armut immer abhängig von der Grenze, die der Armutsdefinition zu Grunde gelegt wird.

Bereits die dritte nationale Armutsstudie, die sich auf Daten des Jahres 1992 bezieht, berechnet eine Armutsquote für die Schweiz, die je nach verwendeter Armutsdefinition zwischen 4,8% und 11,4% der Bevölkerung beträgt, was 390 000 bis 710 000 Arme bedeutet (Leu, Burri and Priester 1997, 116). Kinder werden in der Studie nicht separat ausgewiesen, die Autoren gelangen nach verschiedenen Differenzierungen zum Schluss, «dass Armut heute in erster Linie ein Problem der jüngeren und nicht mehr wie früher der älteren Personen ist» (ebd., 127).

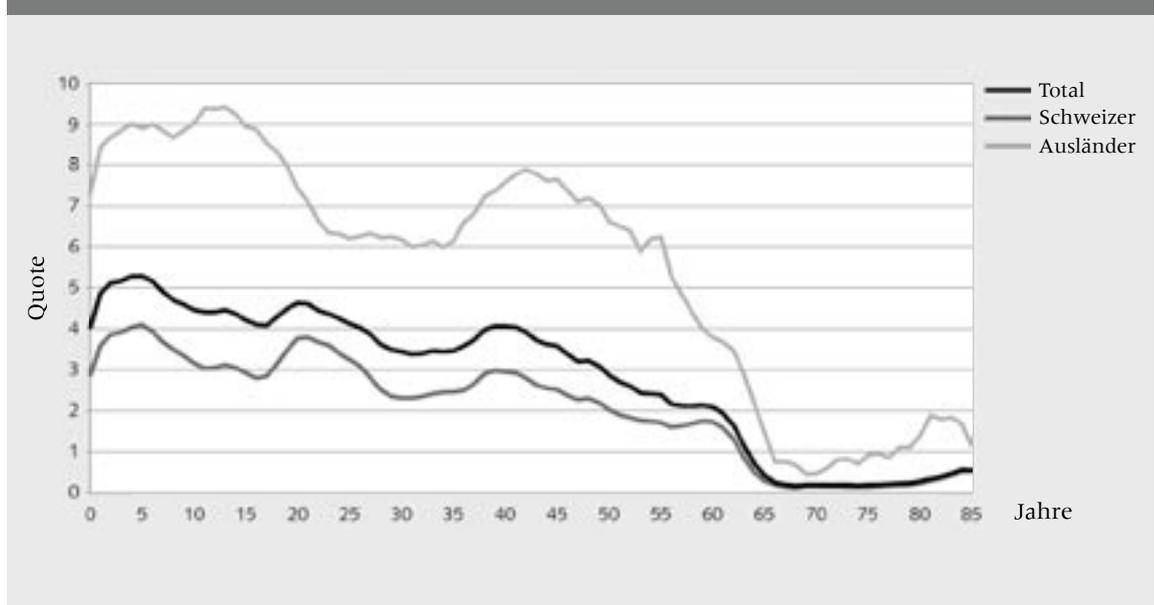
In der jüngst veröffentlichten Studie des Kinderhilfswerks UNICEF werden Familien als arm bezeichnet, die weniger als 50 Prozent des Medianeinkommens verdienen (UNICEF 2005)¹. Im Ländervergleich schneiden Dänemark und Finnland am besten ab: In den beiden Ländern sind «nur» 2,4% respektive 2,8% der Kinder von Armut betroffen. Die Schweiz liegt im Vergleich mit 26 OECD-Ländern mit 6,8% zwar an 5. Stelle. Die Kinderarmut ist jedoch fast drei Mal so hoch wie in Dänemark, das die geringste Armutsrate der OECD-Länder aufweist. Der Bericht widerlegt die gängige Vermutung, dass die Armut in den am meisten entwickelten Ländern abnimmt: Mit Australien, Norwegen, England und Amerika weisen lediglich vier OECD-Länder sinkende Kinderarmutsraten auf.

Working poor sind eine Schnittmenge zwischen Erwerbstätigen und Armen, d. h. Personen, die mindestens einer Wochenstunde bezahlter Arbeit nachgehen und in einem Haushalt leben, der unter der Armutsgrenze lebt. Streuli und Bauer (2002) eruieren die Zahl der working poor in der Schweiz für das Jahr 1999, Crettaz schreibt die Berechnungen fort bis zum Jahr 2005 (Bundesamt für Statistik 2007). Demnach beläuft sich die working-poor-Quote (Anteil der «working poor» an allen Erwerbstätigenhaushalten in der Schweiz) auf 7,5% (im Jahr 1999) resp. 4,2% (im Jahr 2005). Insgesamt zählt die Studie aus dem Jahre 2002 170 000 Haushalte oder 530 000 Haushaltsmitglieder (davon 230 000 Kinder) zu den «working poor», die auf die Jahre bis 2005 fortgeschriebene Untersuchung macht keine Aussagen zum Ausmass der Betroffenheit von Kindern und Jugendlichen.

Für den Bereich der bekämpften Armut (Sozialhilfe) liefert die Schweizerische Sozialhilfestatistik Fakten (Bundesamt für Statistik 2006 und

¹ Durch seine Resistenz gegen Ausreisser eignet sich der Median besonders gut als Lageparameter für nicht normal verteilte Grundgesamtheiten. Beispiel: Die Einkommen einer Gruppe von 10 Personen verteilen sich wie folgt: 9 Personen verdienen 1000 CHF und 1 Person verdient 1 000 000 CHF. Das Durchschnittseinkommen beträgt 100 900 CHF, der Median jedoch nur 1000 CHF.

Abb. 1: Sozialhilfequote nach Alter und Nationalität im Jahr 2005



Anmerkung: Die effektive Quote pro Jahrgang schwankt relativ stark. Daher werden fortlaufend die Daten zweier aufeinanderfolgender Jahrgänge zusammen gezählt und der Durchschnitt davon verwendet.
 Quelle: BFS Sozialhilfestatistik 2005.

2007). Demnach bezogen im Jahr 2005 rund 237 500 Personen Sozialhilfeleistungen, was 3,3% der Bevölkerung entspricht.

Am höchsten ist die Sozialhilfequote bei den Kindern bis 10 Jahre, gefolgt von den Jugendlichen (in der Altersgruppe der 10- bis 17-Jährigen sind es zudem besonders viele ausländische Kinder, die unterstützt werden) und den jungen Erwachsenen. In der Altersgruppe zwischen 35 und 42 Jahren nimmt die Quote nochmals zu, was der Bericht damit begründet, dass hier «Kinderkosten, Erwerbsunterbrüche oder die Reduktion des Beschäftigungsumfangs (bedingt durch Betreuungspflichten) sowie Scheidungen das Risiko erhöhen.» (Bundesamt für Statistik, 2007, 14). Die Analyse nach den armutsgefährdeten Gruppen thematisiert ein höheres Sozialhilferisiko für Alleinerziehende (viertel höheres Risiko als der Durchschnitt aller Haushalte), Geschiedene, Alleinstehende Ausländer/-innen, Paarhaushalte mit drei und mehr Kindern. «Mit einer Quote von knapp 23% ist mehr als jedes fünfte Kind, das mit nur einem Elternteil lebt, auf Sozialhilfe angewiesen. Generell steigt das Risiko mit der Anzahl der Kinder im Haushalt an. Auch wenn Kinder in Paarhaushalten insgesamt weniger oft auf Sozialhilfe angewiesen sind, ist die Quote der Kinder in Familien mit 3 und mehr Kindern mit 3,4% fast doppelt so hoch wie jenes in Familien mit zwei Kindern (1,8%).» (ebd., 17)

Dass sich die Problemlagen in den Städten akkumulieren und dass Armut mit dem Erreichen der Volljährigkeit nicht beendet ist, darauf machten bereits die Kennzahlenvergleiche der Städteinitiative, des Zusammenschlusses von Sozialvorständen Schweizer Städte, aufmerksam

«Ausschluss ist, wenn Kinder einem Kind sagen: Mit dir wollen wir nicht spielen und gerne haben wir dich auch nicht!»

(zuletzt Salzgeber 2005). So war im Jahr 2004 in Städten wie Basel nicht nur jedes siebte Kind im Laufe eines Jahres auf Sozialhilfe angewiesen, sondern auch jeder neunte junge Erwachsene (18 bis 25 Jahre). Der Bericht der schweizerischen Sozialhilfestatistik 2006 bezeichnet diese Verschiebung hin zu immer jüngeren Bezugsgruppen als «besorgniserregend» (Bundesamt für Statistik 2006, 17). Insgesamt zeichnet die Schweiz so die europäische Entwicklung einer «Infantilisierung von Armut» nach, die in Ländern wie Deutschland weitaus fortgeschrittener sind (siehe Beitrag G. Holz).

Dass Armut bei Kindern und Jugendlichen nicht auf finanzielle Aspekte reduziert werden darf, darauf macht die Kindheitsforschung aufmerksam. Diese Studien – die allerdings (noch) keine repräsentativen Aussagen für die Schweiz formulieren können – haben aufgezeigt, dass es nahezu keinen Bereich im Leben gibt, der nicht von einer Armutslage betroffen werden kann. Liest man solchen Studien dann fallen zwei Zusammenhänge auf, die im schweizerischen Kontext im Besonderen erforscht werden: Der Zusammenhang zwischen Armut und Gesundheit sowie zwischen Armut und Bildung.

Armut und Gesundheit (siehe z. B. Hofmann, Nadai and Sommerfeld 2001; Künzler 2003): Arme Familien schränken ihre Ausgaben oft auf Kosten einer gesunden Ernährung ein, was Folgen für die körperliche Entwicklung der Kinder hat; Kinder aus armen Familien leiden häufiger unter psychosozialen Beschwerden, gleichzeitig sind Familien, die unterhalb der Armutsgrenze leben, schwerer für Beratungs- und Unterstützungsangebote zu gewinnen. In armutsbetroffenen Familien wächst die psychosoziale Belastung insgesamt, was auch das Risiko für Konflikte in der Familie erhöht und Beeinträchtigungen der Eltern-Kind-Interaktion, aber auch der Eltern-Eltern-Interaktion zur Folge hat.

Armut und Bildung: Geben wir der PISA-Studie Recht, dass die sprachliche Kompetenz ein entscheidender Indikator ist, dann hängen Schullaufbahn und soziale Herkunft nirgendwo so eng zusammen wie in Deutschland, Belgien und der Schweiz (Stanat and Artelt 2002, 12). «Hauptergebnisse dieser Forschungen sind, dass ... Eltern der untersten Bildungsgruppen weiterhin, wenn nicht sogar stärker als noch vor 20 bis 30 Jahren, ihre Kinder weitaus weniger auf höhere Schulen schicken.» (Lauterbach and Lange 1998, 106). Kronig (1996) stellte schon im Jahr 1996 für die Primarstufe in der Schweiz fest, dass sich dort der Anteil ausländischer Schüler/-innen in Kleinklassen zwischen 1980 und 1993 verdreifacht, jener der Schweizer Kinder dagegen um rund ein Viertel reduziert hat. Rüesch (1999, 12) ermittelt für das Jahr 1999, dass in der Sekundarstufe I des Kantons Zürich der Schultyp mit den tiefsten Anforderungen zu 67 Prozent von Kindern nichtschweizerischer Nationalität besucht wird, obschon der Anteil der Ausländer/-innen an allen Schüler/-innen aber nur 24 Prozent beträgt. Und Haeberlin et al. (2004, 44) untersuchen die schulische Vorselektion in der Schweiz und kommen zum Ergebnis, dass ausländische Schüler/-innen 1,7 bis 3,9-mal häufiger eine Realschule besuchen als Schweizer

Jugendliche (in Basel-Stadt sogar 6,75-mal), ein Anteil, der «nicht auf realen Leistungen beruht» so ihre Schlussfolgerung.

Halten wir also fest: In der Schweiz leben heute – je nach Grenzwert – zwischen 111 000 und 230 000 Kindern in einem armen Haushalt, das ist jedes 14te bzw. jedes sechste Kind.² Rund 70 000 von ihnen werden bereits von der Sozialhilfe unterstützt. In den Städten verdichten sich sowohl die Fallzahlen als auch die beeinflussenden Kontexte. Von Kinderarmut als «Massenphänomen» zu sprechen (siehe Beitrag Gerda Holz) ist angesichts fehlender Studien für die Schweiz nicht angebracht; ebenso wenig kann aufgrund des erst seit kurzem betrachteten Zeitraums eine fundierte Aussage darüber formuliert werden, ob Armut von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz nachhaltig zugenommen hat. Vor allem die Studien aus der Bildungs- und Gesundheitsforschung lassen die Frage aufkommen, wie gross das Risiko ist, dass Armut zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen führen und in welchem Masse Kinder aus sozial niedrigen Schichten «in die Fusstapfen» ihrer Eltern treten; diese Fragen zu beantworten würde letztlich die These der Vererbung von Armut durch die «Vererbung» von Chancen auf Positionen in der Gesellschaft, zum Gegenstand haben.

3 Bewältigungsverhalten

Im Rahmen des vom Schweizerischen Nationalfonds unterstützten Projektes «Risikolagen Sozialhilfe beziehender junger Erwachsener» (Dalcher and Schäuble 2003; Drilling 2003; Schaffner Baumann 2003; Drilling 2004), das rund 1200 Personen im Alter zwischen 18 und 25 Jahren aus der Sozialhilfe der Stadt Basel berücksichtigte, wurde untersucht, mit welchen Fähigkeiten und Kompetenzen junge Erwachsene zum Zeitpunkt ihres Eintritts in die Sozialhilfe ausgestattet waren und wie sich ihre Lage im Laufe des Sozialhilfebezugs veränderte.

Durch die biographische Perspektive wird deutlich, dass die Mangel- und Notlage nicht erst mit dem Eintritt in die Sozialhilfe begann. Es kann vielmehr von einer *Baseline-Verwundbarkeit* gesprochen werden, die oftmals bis in die Kindheit zurückreicht. Der Sozialhilfeeintritt selbst ist dann zumeist an aktuelle Ereignisse gekoppelt: Arbeitslosigkeit, ungenügendes Einkommen, Kündigung, Betreibung, Schulabbruch, Lehrabbruch, Heimeintritt, Rauswurf aus dem Elternhaus, Eintritt in Pflegefamilie, Wegzug der Eltern, Trennung vom Partner, physische und psychische Gebrechen.

Armut stellt sich hier analog zur AWO/ISS Studie (siehe Beitrag G. Holz) als multifaktoriell begründet heraus. Während die deutsche Studie den Weg über die Konstruktion von Lebenslagentypen wählt, ist die hier angeführte Studie auf der Grundlage der Kapitaltheorie Pierre Bourdieus (Bourdieu 1983) sowie dem Konzept der Verwirkli-

² Die Zahl 111 000 errechnet sich aus der UNICEF-Studie: 6,8% der Kinder in der Schweiz sind von Armut betroffen, bei einer ständigen Wohnbevölkerung von rund 1,64 Millionen Personen im Alter zwischen 0 und 19 Jahren. Die Zahl 230 000 gibt die Working Poor Studie an, wobei hier auch die 18–24-Jährigen einberechnet sind, sofern sie in einer Ausbildung stehen.

«Ausschluss ist, wenn niemand mit einem zusammen sein will und niemand einem gern hat.»

chungschancen des indischen Ökonomen und Nobelpreisträgers Amartya Sen entstanden (Sen 2000). Entsprechend lassen sich – auf der Grundlage des verwendeten theoretischen Konzeptes ökonomische (z. B. Einkommen, Vermögen), kulturelle (z. B. Berufsabschluss) und soziale Mangel- und Armutslagen (z. B. Kinderschutzmassnahmen, Eltern-Kind-Beziehung) differenzieren. Erst ein solches Konzept, dass Armut von jungen Erwachsenen nicht auf finanzielle Ressourcen beschränkt, ist – trotz aller Schwierigkeiten, die sich im Zusammenhang mit der Messung ergeben – aus unserer Sicht zentral, denn es berücksichtigt die spezielle Situation des Kindes- und Jugendalter, also die enge Verknüpfung und Abhängigkeit mit der Herkunftsfamilie, den Freundeskreisen und der Gleichaltrigengruppe.

In unserer Untersuchung versuchten wir die Dynamik über ereignisbiographische Analysen nachzuzeichnen: Dazu wurden die Protokolle der Fachpersonen der Sozialhilfe, die im Anschluss an ein Beratungsgespräch angefertigt wurden analysiert. Diese Analyse zeigt, wie intensiv der Alltag mit Herausforderungen durchdrungen ist, und wie eng Sequenzen gelingender und misslingender Biographie miteinander korrespondieren (dazu ausführlicher in Drilling 2004): Bei Frau H. ist es Scheidung der Eltern und der Einrichtung einer Erziehungsaufsicht, die das junge Mädchen veranlasste, freiwillig in einer betreuten Wohngruppe um Aufnahme zu bitten. Psychotherapeutische Unterstützung und Drogen werden zum Beratungsthema. Dann gelingt die Aufnahme einer Lehre und die Ablösung mittels Stipendien, Alimenten und dem Lehrlingslohn. Schulische Defizite sind zu gross, der Lehrabbruch folgt; Frau H. wirft ihren Freund aus der Wohnung. Die zahlreichen Gelegenheitsjobs reichen nicht aus, die Miete zu zahlen. Frau H. verschuldet sich, der Vermieter lässt sie betreiben, wenig später die Wohnung räumen. Zeitgleich werden die Unterstützungsrichtlinien der Sozialhilfe geändert, Frau H. erhält weniger Wohngeld und eine Verfügung der Sozialhilfe empfiehlt ihr die Suche eines billigeren Wohnraumes. Gleichzeitig kann die Fürsorgerin Frau H. mehrfach in Arbeitseinsätze vermitteln. Doch erneuter Drogenkonsum macht die arbeitsmarktliche Kontinuität schwierig. Die Sozialhilfe kündigt an, Frau H. in die Unterstützungsgruppe für Nicht-Arbeitsfähige einzustufen. Wenige Wochen später löst sich Frau H. im Alter von 22 Jahren erneut von der Sozialhilfe ab, Austrittsgrund: «Ohne Grund».

Legen wir ein um soziale und kulturelle Aspekte erweitertes Armutsverständnis zu Grunde, dann müssen wir die Frage nach «Einmal arm – immer arm» differenzierter beantworten als nur mit der Frage, ob sich ein junger Mensch von der Sozialhilfe (also der finanziellen Abhängigkeit) ablösen kann. Armut heisst dann zum einen, finanzielle, kulturelle und soziale Lagen miteinander zu betrachten (der Begriff der sozio-kulturellen Armut markiert hier einen solchen Perspektivwechsel), aber auch den weiteren Verlauf nach Austritt aus der Sozialhilfe genau zu analysieren. Dabei ergeben sich auffallende Diskrepanzen: So haben sich in unserer Studie zwar rund 60% der jungen Erwachsenen während des Beobachtungszeitraums (30 Monate) aus der Sozialhilfe ablösen können, was den Widerspruch zur These einer Verfestigung

Austritte aus der Sozialhilfe und Gründe, Kanton Basel-Stadt, Betrachtungszeitraum 1999–2003	
	Summe
N	1123
Insgesamt abgelöst	63%
Ablösegrund:	
In Arbeit	44%
Arbeitslosengeld	9%
Invalidität/Renten/Beihilfen	9%
Stipendien/Ausbildungsbeiträge/Stiftungen	5%
Wegzug aus dem Kanton	10%
Keine Gründe erkennbar	13%
Sonstiges (z. B. Heirat / familiäre Unterstützung)	7%
Im Betrachtungszeitraum wieder eingetreten	28%

Quelle: Drilling (2006).

von Armut stärken könnte. Anzumerken ist allerdings, dass nur die Hälfte von ihnen durch die Aufnahme einer Arbeit auf die sozialstaatlichen Transfers verzichten kann. Andere wechseln in andere Sozialversicherungsträger (IV, Arbeitslosenkassen), finden andere unterstützende Einrichtungen (Stipendien, Stiftungen). Ein anderer Teil wiederum löst sich grundlos von der Sozialhilfe ab oder zieht aus dem Kanton weg. Bei letzteren wird es entweder zu einer Anmeldung in einem anderen Kanton oder eine kürzere oder längere Phase ohne Sozialhilfe kommen. Schliesslich treten 28% der jungen Erwachsenen wieder in die Sozialhilfe ein, was Drehtüreffekte vermuten lässt.

Zudem haben wir festgestellt, dass nur rund jede zweite Person nach der Ablösung eine feste Stelle fand, die anderen Personen wurden Barkeeper, KassiererIn im Fast-Food-Bereich, Teilzeitangestellte im Telefonmarketing etc. Das heisst, dass die Sozialhilfe zwar erfolgreiche Ablösungen vermerkt, dies aber aus Sicht der jungen Erwachsenen eher mit einem Eintritt in neue Prozesse der Prekarität und Unbeständigkeit verbunden ist. Das heisst – und an dieser Stelle beschränke ich mich auf den finanziellen Aspekt von Armut – die These, Armut sei ein punktuell Problem im Lebenslauf, nur dann stimmt, wenn Armut mit Sozialhilfebezug gleichgesetzt wird. Wird Armut aber nicht nur am Sozialhilfebezug gemessen, weisen die Ergebnisse eher auf die Gefahr einer *Verfestigung von Mangel und Armut* hin. *Sozialhilfe* dagegen wird zur zeitlich befristeten Bewältigungsstrategie im Lebenslauf, die so lange und immer wieder dann in Anspruch genommen wird, wie die finanziellen und beraterischen Vorteile die Nachteile des bestehenden Engpasses überwiegen. Wann dieser Zeitpunkt eintritt, hängt von der

«Ausschluss ist, wenn einem niemand zuhört
und niemand mit einem spricht.»

individuellen Beurteilung und von den Alternativen ab, die eine Person zur Sozialhilfe hat. Insofern sollte von «einmal Sozialhilfe, nicht immer Sozialhilfe» (statt «einmal arm, nicht immer arm» wie bei Zwick 1994) gesprochen werden. Aus biographischer Sicht (die mit einem erweiterten Armutsbegriff arbeitet) dagegen dürften bei einem noch zu quantifizierenden Teil junger Menschen sozialstaatliche Transfers eher längerfristig, wenn auch nicht laufend, in das Portfolio der «young urban poor» (Drilling 2004) gehören. Denn die «young urban poor» sind nach ihrem Austritt aus der Sozialhilfe zu einem grossen Teil arbeitsmarktlich gesehen auch die «young working poor».

Neben diesen Rückzugsstrategien stellt sich natürlich auch die Frage, welche Faktoren auf kontinuierliche Biographieverläufe hinwirken. Weitgehend ohne Einschränkungen können dabei die von Holz und Puhmann zusammengestellten Schutzfaktoren (siehe Tabelle 4 im Beitrag Holz) bestätigt werden. Exemplarisch sollen sie an dieser Stelle durch Ausschnitte aus den Interviews, die wir geführt haben, verdeutlicht werden.

Für Frau V. war es die Bezugsperson der Grossmutter:

Frau V.: Ich denke so, alles Schlimme, das man sich vorstellen kann, hat es in meiner Kindheit gegeben. [...] Und habe dann mit neun, kurz vor dem Tod meiner Mutter, habe ich auch einmal einen Selbstmordversuch gemacht, also als Kind. Das ist heute im Nachhinein nicht wirklich ein Selbstmordversuch gewesen, ich bin einfach vom Balkon gesprungen, wenn das ein Kind macht, ist das doch sehr schlimm. Ich habe immer so versucht, meine Inseln zu bewahren, aber mein Vater war krank, wirklich, eine grässliche Person. [...] Ja und, die gute Insel war meine Grossmutter, also die Mutter meiner Mutter, das ist wirklich so der Kindheitsrückblick, wo ich heute glaube sagen zu können, ihr habe ich es zu verdanken, dass ich doch noch so einen Kern Gesundheit in mir behalten habe, sie war das gute Herz der Familie, und zu ihr bin ich auch immer wieder gegangen und das ist wirklich bis zu ihrem Tod mein Ersatz für alles gewesen. P22 (103:173)

Die Rolle einer Bezugsperson in einer weitgehend als sozial arm erlebter Kindheit tritt auch bei anderen jungen Erwachsenen im Rückblick ins Zentrum für den Beginn eines Aufbruchs. Diese Bezugsperson kann für die einen die Verwandte sein, für andere die Ärztin oder die Sozialarbeiterin, wie Frau Q., die von zu Hause direkt in eine Kriseninterventionsstation flüchtet, sagt:

Frau Q.: Und dann gab es den Knall definitiv als ich knapp 14 war. Dann wollte ich dann ausziehen, habe es nicht mehr ausgehalten. Und dann bin ich in das Foyer [Durchgangsstation für junge Frauen in Krisen] gekommen. [...] Und dann hat theoretisch das gute Leben angefangen, für mich war es aber dann der Absturz. Ich war mir so viel Gutes gar nicht gewohnt, rein theoretisch, es war viel, wie soll ich sagen, es hatte viel zu viel Struktur für mein Leben. P22 (306:391)

Es wird deutlich, dass mit dem Eintritt in Institutionen der sozialen Sicherheit Erwartungen verbunden sind, die familienersetzenden statt nur familienergänzenden Charakter haben. Nicht selten begegnen die jungen Menschen dort Fachpersonen, die sie in ihrer Persönlichkeit wertschätzen; eine Erfahrung, die angesichts nicht tragfähiger Eltern-Kind-Beziehungen oftmals zum ersten Mal gemacht wird.

Auch die Bedeutung von Einrichtungen der Jugendarbeit ist eine nicht zu unterschätzende Ressource, denn das Aufsuchen von Einrichtungen wie Gassenküche, Arbeitslosentreff oder Treffpunkten im öffentlichen

Raum ermöglicht es den jungen Menschen neben der psychosozialen Beratung Kolleginnen und Kollegen in einer vergleichbaren sozialen Lage kennenzulernen. Durch den Austausch entstehen eine gemeinsame Identität und eine Alltagskultur, die – sofern sie fachlich betreut ist, auch wieder Perspektiven jenseits des Mangels eröffnen kann.

4 Perspektiven

Herausforderungen für den Sozialstaat ergeben sich aus Sicht einer biographisch orientierten Armutsforschung insbesondere aus zwei Fakten: 1) Je früher Armut beginnt und desto grösser sie ist, und je länger sie andauert, desto grösser sind die Wirkungen auch auf die Gesundheit und auf den Schulerfolg, 2) Armut in der Kindheit und im Jugendalter kann Auswirkungen auf die gesundheitliche, kognitive und soziale Entwicklung auch nach einer überwundenen Armutsphase haben; das heisst, ab einem Zeitpunkt wirken sich Armutslagen bei Kindern und Jugendlichen auf deren spätere Lebensphasen und den Entwicklungsprozess aus, auch wenn der Mangelzustand beseitigt werden kann («*sleeper effects*») (Walper 1999, 302). Die Forschung macht zudem darauf aufmerksam, dass eine Kumulierung von Risiken in zwei Konstellationen «hoch dosiert» auftritt: Erstens bei kritischen Ereignissen zu einem bestimmten Zeitpunkt (*critical life-events*) beispielsweise Umzug an einen anderen Ort, Verlust mindestens eines Elternteils durch Scheidung oder Tod, eigene Krankheit oder Krankheit naher Angehöriger, Sitzenbleiben in der Schule, Arbeitsplatzverlust eines Elternteils. Zweitens an *standardisierten Übergängen im Lebenslauf*, z. B. beim Eintritt in den Kindergarten, die Schule oder am Ende der obligatorischen Schulzeit beim Übertritt in das Erwerbsleben.

Eine Politik gegen Armut darf demnach nicht auf arbeitsmarktpolitische Gesichtspunkte verkürzt werden. Armutspolitik ist immer auch Familienpolitik und Familienpolitik ist Gesellschaftspolitik. Forschungen zeigen, dass hierbei die Verfügung über soziales und kulturelles Kapital, also der Aufbau hilfreicher sozialer Beziehungen und Zugehörigkeiten sowie der Erwerb sprachlicher Fähigkeiten und Bildungstitel, ebenso entscheidende Startvorteile für das Wachsen einer sich aktiv und produktiv mit der Welt auseinandersetzenen Persönlichkeit darstellen, wie die ökonomischen Ressourcen.

Für die Frage nach der Kohärenz von Sozialpolitik stellt sich die Forderung nach einem Zusammenführen der weitgehend unverbundenen Angebote von gesetzlichen und freiwilligen Hilfen auf struktureller Ebene. Den derzeitigen Anstrengungen im Bereich der interinstitutionellen Zusammenarbeit insbesondere in der Verwaltung müssen über deren Binnenstruktur hinausgehende Kooperationsverbünde mit den professionellen Angeboten der Sozialen Arbeit folgen. Statt also den jungen Menschen von den Institutionen und ihren Interessen her zu denken, sollte der junge Mensch im Zentrum stehen und die Frage beantwortet werden, welche Aufgabe der Beratung, Betreuung und Begleitung von welcher Institution zu welchem biographischen Zeitpunkt übernommen wird. Erst ein solches Vorgehen eröffnet Chancen bei der Gestaltung von Lebensläufen und reagiert aktiv auf die

«Ausgeschlossen wird man dann, wenn man etwas nicht so will
wie alle anderen oder wenn man anders denkt als alle anderen.»

Rückzugsstrategien junger Menschen, die – wie die Kindheitsforschung zeigt – Folgen haben können, die sich im biographischen Verlauf nicht einfach rückgängig machen lassen.

Auch auf Seiten der Angebote der Sozialen Arbeit müsste die biographische Perspektive eine enge Vernetzung zur Folge haben. Als schwierig dürfte dabei vor allem in den Städten sein, dass viele Angebote wie aufsuchende Jugendarbeit oder Schulsozialarbeit in den letzten Jahren auf spezielle Problemkonstellationen entstanden sind und unterschiedlichen Trägern unterstehen, deren Zielsetzungen nicht zwangsläufig deckungsgleich sind. Hier zu einer gemeinsamen Strategie im Rahmen einer «Kultur des Aufwachsens» (Bundesministerium für Familie – Senioren – Frauen und Jugend 2002) zu finden, sollte Anlass sein, weniger über Differenzierendes als über handlungsfeldübergreifende Ziele nachzudenken (siehe Abbildung).

Ich will an dieser Stelle nicht verschweigen, dass eine solchermassen breite Armutspolitik – wie bereits erwähnt – mehr als nur eine weitere Reaktion auf die Ergebnisse aus der Forschung über Kinder- und Jugendarmut ausdrücken müsste. Wahrscheinlich müsste über das System der sozialen Sicherheit neu nachgedacht werden, insbesondere was ihre Verknüpfung zur Zivilgesellschaft angeht. Der Mut für diesen

Angebote für Jugendhilfe / ausserschulische Jugendförderung			
	Jugendarbeit im offenen Freizeitbereich	Schulsozialarbeit	Mobile Jugendarbeit/ aufsuchende Jugendarbeit
Zielgruppen	Jugendliche allgemein	Jugendliche allgemein, Sozial benachteiligte Jugendliche	Sozial benachteiligte Jugendliche, Jugendliche im öffentlichen Raum
Ziele	Förderung der individuellen und sozialen Entwicklung der Persönlichkeit Stärkung und Unterstützung von Problemlösungs- und Sozialkompetenz Unterstützung im Konfliktfall und in Krisensituationen Befähigung zu Selbstbestimmung und gesellschaftlicher Mitverantwortung Ausgleich sozialer Benachteiligung und Verhinderung sozialer Marginalisierung Beitrag zur sozialen Integration und Identifikation mit dem Gemeinwesen		
Ort	Freizeitbereich	Schule	öffentlicher Raum
Methode	Projektarbeit, Gruppenarbeit, Gemeinwesenarbeit, Individualhilfe		
Beispiele	<ul style="list-style-type: none"> • Beratung / Einzelfallhilfe • Aufbau eines Jugendtreffpunkts • Partizipationsprojekte im Freizeitbereich und im öffentlichen Raum • Politische Lobbyarbeit 	<ul style="list-style-type: none"> • Beratung von Einzelnen und Gruppen • Thematische Gruppenarbeit (z. B. Sexualität, Gewalt, Selbstbild) • Mitwirkung an Elterngesprächen • Beteiligung an Schulprojekten • Mitarbeit an Generalthemen 	<ul style="list-style-type: none"> • Beratung / Einzelfallhilfe • Arbeiten / Vernetzen im Sozialraum • Themenprojekte (Gewalt, Drogen, Gestaltung des öffentlichen Raums etc.) • Hilfe bei der Laufbahngestaltung • Politische Lobbyarbeit

Paradigmenwechsel sollte allerdings nicht fehlen, denn die derzeit praktizierten Alternativen einer punktuellen Verbesserungen in einzelnen Systemelementen genügen zwar kurzfristig haushalterischen Zielen, sind allerdings kaum geeignet, auf das Phänomen des sozialen Ausschlusses (Exklusion) mit einer Strategie des sozialen Einschlusses (Inklusion) zu antworten und damit die Vererbung von Armut weniger wahrscheinlich zu machen.

5 Literatur

- Bourdieu, P. 1983. «Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital», in R. Kreckel (ed.), Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt Sonderband 2, 183–98. Göttingen: Otto Schwartz & Co.
- Bundesamt für Statistik 2006. Die Schweizerische Sozialhilfestatistik. Erste gesamtschweizerische Ergebnisse. Neuenburg: Bundesamt für Statistik.
- Bundesamt für Statistik 2007. Die Schweizerische Sozialhilfestatistik 2005. Nationale Resultate. BFS Aktuell, Neuenburg: Bundesamt für Statistik.
- Bundesamt für Statistik 2007. «Armut von Personen im Erwerbsalter. Armutsquote und Working-Poor-Quote der 20- bis 59-jährigen Bevölkerung in der Schweiz zwischen 2000 und 2005», BFS Aktuell, Wirtschaft und Soziale Situation der Bevölkerung, März 2007, Voume.
- Bundesministerium für Familie – Senioren – Frauen und Jugend 2002. Jugendhilfe und die Kultur des Aufwachsens. Der Beitrag der Träger der Kinder- und Jugendhilfe zur Bildung und zur Entwicklung von Lebenskompetenz. [Online] Available: www.bmfsfj.de/Redaktion-BMFSFJ/Abteilung5/Pdf-Anlagen/PRM-23600-Eckpunkt Papier,property=pdf,bereich=rwb=true.pdf.
- Chassé, K. A., Zander, M. and Rasch, K. 2005. Meine Familie ist arm. Wie Kinder im Grundschulalter Armut erleben und bewältigen. Wiesbaden: VS.
- Dalcher, M. and Schäuble, S. 2003. Achtung, hier arbeitet das Klientel... Coaching bei jungen Erwachsenen in der Sozialhilfe. Basel: Diplomarbeit an der Fachhochschule für Soziale Arbeit beider Basel.
- Drilling, M. 2003. Die Basler Sozialhilfestudie zur Armut von jungen Erwachsenen. Teil 1: Zum Stand der Armutsforschung in der Schweiz. Basel: Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit. [Online] Available: www.jugendarmut.ch (erweiterte Fassung «Armutsforschung in der Schweiz» zur Publikation Drilling [2004] «Young urban poor», Wiesbaden: VS-Verlag).
- Drilling, M. 2004. Young urban poor. Abstiegsprozesse in den Zentren der Sozialstaaten. Wiesbaden: VS Verlag.
- Drilling, M. 2006. «Young Urban Poor: Handlungsstrategien in kontingenten Biographieverläufen», in J. Mansel and H. Kahlert (eds.), Arbeit und Identität im Jugendalter. Die Auswirkungen der gesellschaftlichen Strukturkrise auf Sozialisation, 93–112. Weinheim: Juventa.
- Geissler, H. 1976. Die neue Soziale Frage. Analysen und Dokumente. Freiburg i.Br.: Herder.
- Haeberlin, U., Imdorf, C. and Kronig, W. 2004. Von der Schule in die Berufslehre. Untersuchungen zur Benachteiligung von ausländischen und weiblichen Jugendlichen bei der Lehrstellensuche. Bern: Haupt.

«Damit ich nicht arm werde, kann ich in der Schule gut arbeiten und viel lernen, damit ich einen guten Beruf lernen kann. So kann ich viel Geld verdienen und muss nicht arm sein.»

- Hofmann, C., Nadai, E. and Sommerfeld, P. 2001. Verstecktes Leid unter Armut. Wie betroffene Kinder und ihre Eltern die Situation wahrnehmen und bewältigen. Solothurn: Fachhochschule Solothurn Nordwestschweiz. Discussion Paper 2001-S01-01.
- Hübinger, W. 1996. Prekärer Wohlstand. Neue Befunde zu Armut und sozialer Ungleichheit. Freiburg i.Br.: Lambertus.
- Huster, E.-U. 2002. «Kinder zwischen Armut und Reichtum», in C. Butterwegge and M. Klundt (eds.), *Kinderarmut und Generationengerechtigkeit*, 43–55. Opladen: Leske und Budrich.
- Kronig, W. 1996. «Besorgniserregende Entwicklungen in der schulischen Zuweisungspraxis bei ausländischen Kindern mit Lernschwierigkeiten», *Vierteljahresschrift für Heilpädagogik und ihre Nachbargebiete*, Volume(1): 62–79.
- Künzler, G. 2003. «Arme sterben früher», in Caritas Schweiz (ed.), *Sozialalmanach 2003. Gesundheit – eine soziale Frage*, 67–80. Luzern: Caritas Schweiz.
- Lauterbach, W. and Lange, A. 1998. «Aufwachsen in materieller Armut und sorgenbelastetem Familienklima. Konsequenzen für den Schulerfolg von Kindern am Beispiel des Übergangs in die Sekundarstufe I», in J. Mansel and G. Neugebauer (eds.), *Armut und soziale Ungleichheit bei Kindern*, 106–28. Opladen: Leske und Budrich.
- Leu, R. E., Burri, S. and Priester, T. 1997. *Lebensqualität und Armut in der Schweiz*. Bern: Haupt.
- Rüesch, P. 1999. *Gute Schulen im multikulturellen Umfeld*. Zürich: Orell Füssli.
- Salzgeber, R. 2005. *Kennzahlenvergleich Sozialhilfe in Schweizer Städten. Berichtsjahr 2004*. Städteinitiative. [Online] Available: www.staedteinitiative.ch.
- Schaffner Baumann, D. 2003. *Die Basler Sozialhilfestudie zur Armut von jungen Erwachsenen. Teil 2: Bewältigung einer risikoreichen Statuspassage*. Basel: Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit.
- Sen, A. (ed.) 2000. *Der Lebensstandard*. Hamburg: Europäische Verlagsanstalt.
- Stanat, P. and Artelt, C. 2002. *PISA 2000: Die Studie im Überblick. Grundlagen, Methoden, Ergebnisse*. Berlin: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung.
- Streuli, E. and Bauer, T. 2002. *Working Poor in der Schweiz. Konzepte, Ausmass und Problemlagen aufgrund der Daten der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung*. Neuchatel: Bundesamt für Statistik.
- UNICEF 2005. *Child Poverty in Rich Countries 2005*. Florenz: United Nations Children Fund.
- Walper, S. 1999. «Auswirkungen von Armut auf die Entwicklung von Kindern», in A. Lepenies, G. Nunner-Winkler, G. E. Schäfer and S. Walper (eds.), *Kindliche Entwicklungspotentiale. Normalität, Abweichung und ihre Ursachen*, 292–360. München: Deutsches Jugendinstitut.
- Zwick, M. M. 1994. «Einmal arm, immer arm?» in M. M. Zwick (ed.), *Einmal arm, immer arm? Neue Befunde zur Armut in Deutschland*, 7–20. Frankfurt a.M.: Campus.

Gemeinsam und entschlossen gegen Armut

Stéphane Rossini, Prof., Master HES-SO en action et politiques sociales, EESP, Lausanne und Universität Genf, sowie Nationalrat

Die reiche Konsumgesellschaft, zu der auch die Schweiz gehört, führt unweigerlich zur Ausgrenzung bestimmter Menschen. Während im ganzen Land Überfluss zur Schau gestellt wird, ist und wird Armut versteckt. Die Baubranche boomt: In Einfamilienhäuser und Zweitwohnsitze werden Milliarden investiert. Der Freizeitmarkt wächst rasant. Banken, Versicherungen, Pharmakonzerne und Exportunternehmen machen den Frühling zu einem nationalen Schauplatz für die Ausschüttung von satten Gewinnen an Aktionäre und für die Bekanntgabe von unverschämte hohen Gehältern einiger CEO. Für das Bruttoinlandprodukt und die Politiker ist die gute Konjunkturlage unbestritten von Vorteil, etwas anders sieht es für die Gesellschaft aus. Sie ist anderen Wachstumselementen – Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten – ausgesetzt.

Es geht hier nicht darum Trübsal zu blasen, sondern aufzuzeigen, dass hinter der Fassade des allgemeinen Glücks eine andere, wenig mediatisierte, stille Wirklichkeit herrscht, die Solidaritätslücken zutage fördert. Sie wird von Menschen erlebt, die in Armut und in Ausgrenzung leben. Obwohl sie ein Schattendasein führen, sind mehrere zehntausend Bürgerinnen und Bürger davon betroffen. Es gelingt ihnen nicht, sich Gehör zu verschaffen, ihre Stimme erstickt in allgemeinem Reichtum, in Unwissen und Heuchelei.

Im Rahmen von wissenschaftlichem Handeln¹ und politischem Engagement lässt sich das Auftreten eines Sozialproblems, einschliesslich seiner Folgen für die Sozialpolitik und seine politische Legitimation besonders gut beobachten. Ich behaupte, dass die Armutsbekämpfung in der Schweiz nicht Teil des kollektiven Bewusstseins und schon gar nicht des politischen Bewusstseins ist. Es werden weder Ziele noch gewissenhafte, kohärente Handlungsstrategien ausgearbeitet und strukturiert, um dem Problem beizukommen. Die Armen wurden zwar gezählt, doch damit haben sich einige, zugegeben nicht sonderlich scharfsinnige Entscheidungsträger auch schon zufrieden gegeben. Man wollte nichts Genaueres wissen über ihre Lebensbiografie und den Verarmungsprozess. Das ist bei einem negierten oder unterschätzten Phänomen auch nicht weiter überraschend. Trotzdem wird sich die Schweiz wohl oder übel eingestehen müssen, dass sie Armut hervorbringt und die in Armut lebenden Menschen ein Recht auf materielle Hilfe und, wichtiger noch, auf Würde haben.

¹ Vgl. Rossini S. (unter der Leitung von), *Versteckte Armut in der Schweiz. Qualitative Analyse von Verarmungsprozessen und Perspektiven sozialen Handelns*. Forschungsbericht, Nationales Forschungsprogramm NFP 45, Universität Neuenburg, 2002, 266 Seiten.

«Damit ich nicht arm sein muss, gehe ich in den Bahnhof und singe schön. So bekomme ich vielleicht Geld.»

Politische Verantwortung

Die Schweiz ist eines der reichsten Länder der Welt. An menschlichen und materiellen Mitteln für die Armutsbekämpfung kann es also nicht liegen. Damit sich etwas bewegt, bräuchte es jedoch politischen Willen. Und der fehlt bislang.

Politisch begnügt man sich insbesondere auf Bundesebene damit, die Probleme der anderen, namentlich der Kantone und der Städte zu beobachten. Der «Schwarze Peter» wird zur Strategie. Die Lösung eines auftretenden Problems wird tunlichst vermieden. Vielmehr sucht man nach einem institutionellen und formellen Weg, das Problem auf andere abzuwälzen. Genauso verhält es sich beim Thema Armut. Der Bund – via Bundesrat – will sich nicht in das Problem einmischen, da dieses laut Verfassung den Kantonen und den Gemeinden untersteht. So weigert sich auch die Regierung systematisch, auf jene – bescheidenen – parlamentarischen Begehren einzutreten², die einen staatlichen Eingriff fordern.

Die kantonalen Unterschiede in der Sozialpraxis und die sektorenübergreifenden Dynamiken, welche die Grundlage für die Handhabung der Armutsfolgen bilden, sprechen für ein gemeinsames Vorgehen. Dabei geht es nicht nur darum, Schranken zwischen den Kantonen, ja gar den Gemeinden, abzubauen; gesamtschweizerisches Handeln ist angesagt. Der institutionelle Formalismus, der zwischen Bund und Kantonen steht, ist veraltet und ungeeignet, denn er setzt das Funktionieren der Einrichtungen über die Problemlösung. Eingeklemmt zwischen Föderalismus, Liberalismus, Betreuung und Eigenverantwortung stehen die Chancen gering, dass die nötige Mehrheit erreicht wird, die es braucht, um einen nationalen Prozess der Armutsbekämpfung in die Wege zu leiten.

Währenddessen sehen sich Kantone und Gemeinden mit einem starken Anstieg der Gesuche und Ausgaben der Sozialhilfe konfrontiert. Die Anzahl Leistungsbeziehender lässt Rückschlüsse auf die Entwicklung der Prekaritätsprobleme zu. Diese muss jedoch in einem grösseren Kontext betrachtet werden: die Schwächung der Sozialversicherungen einerseits und die Schwierigkeit, in der Arbeitswelt einen Ausweg für die weniger leistungsfähigen Menschen zu finden andererseits. So wirken sich beispielsweise die Einschränkungen in der Arbeitslosenversicherung und der Druck auf die Invalidenversicherung umgehend auf die kantonalen Systeme aus. Mehrere Kantone verzeichneten eine markante, im Vergleich zu den Vorjahren bis zu 20-prozentige Erhöhung ihrer Ausgaben. Dieser erhebliche Mehraufwand fördert die wirklichen Probleme ans Licht. Ihn mit Missbräuchen zu erklären, ist Unsinn. Im Übrigen sind Städte für bedürftige Menschen besonders

² Vgl. dazu Ausgang, der in der Legislaturperiode 2003–2007 eingereichten parlamentarischen Vorstösse oder jene der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats auf dem Gebiet der Armutsbekämpfung (darunter das Projekt für Ergänzungsleistungen für Familien).

attraktiv, denn die relativ grosse Anonymität senkt die Hemmschwelle, um Hilfeleistungen anzufordern. In Dörfern und auf dem Land, wo gesellschaftliche Kontrolle und Stigmatisierung noch stark das Verhalten beeinflussen, werden solche Leistungen noch weitgehend als beschämend und diskriminierend wahrgenommen.

Umso bedauerlicher ist es, dass die Entscheidungsträger aus Wirtschafts- und Sozialpolitik keine generelle vorausschauende und voluntaristische Politik in Gang bringen. Präventive Aktionen sind selten, korrigierende Massnahmen sind noch immer die Regel. Sie bergen jedoch die Gefahr in Stillstand und Passivität zu versanden.

Subsidiarität

Zivilgesellschaftlich spielen die gemeinnützigen Organisationen bei der Unterstützung Bedürftiger eine wichtige Rolle. Historisch sind sie der Einrichtung des Sozialstaats sogar vorausgegangen. Heute ergänzen sie die öffentlichen Stellen sinnvoll, insbesondere aufgrund der weniger restriktiven Anspruchsvoraussetzungen. Menschen, die sich nur widerwillig an die öffentliche Sozialhilfe wenden und anonym bleiben wollen, bevorzugen den weniger formalen Zugang zu den Leistungen der Privatorganisationen. Einige Organisationen verhalten sich jedoch widersprüchlich, fast so, als wollten sie «ihre Armen» für sich behalten! Als hätten sie Angst «Kunden» zu verlieren und wollten deshalb ihre Existenzberechtigung schützen und die Menschen in Armut für sich beanspruchen.

Leider ist dieses soziale Handlungsfeld in der Schweiz recht unbekannt und unerforscht. Eine Untersuchung zu dessen Beitrag zur Sozialpolitik und dem sozialen Zusammenhalt des Landes sowie dessen Wirkungen steht noch aus. Zwar kennt man die Anzahl Akteure, die in gemeinnützigen Organisationen aktiv sind, die entrichteten Leistungen, die damit verbundenen Ausgaben; die Synergien mit den öffentlichen Stellen liegen jedoch im Dunkeln. Über die Leistungsempfängerinnen und -empfänger und die Wirkung der gemeinnützigen Leistungen wissen wir überhaupt nichts. Diese Situation macht es schwierig, komplementäre öffentliche und private Strategien auszuarbeiten, die es für eine effiziente Armutsbekämpfung braucht.

Hilfswerke, private Initiativen und gemeinnützige Organisationen sind unverzichtbare Akteure bei der Umsetzung der schweizerischen Sozialpolitik. Der Staat sollte die privaten Beiträge nicht nur anerkennen, sondern auch unterstützen. Zuvor müssen allerdings noch einige zentrale Fragen geklärt werden. Wie soll die Subsidiarität aussehen? Auf welchen Grundlagen soll sie aufbauen und welche Form soll sie im Rahmen der Armutsbekämpfung annehmen? Mit welchen Mitteln soll sie realisiert werden? Es ist illusorisch, diese Fragen beantworten zu wollen, ohne über genaue Kenntnisse der Leistungen gemeinnütziger Organisationen zu verfügen. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass diese Wissenslücken zu Immobilität führen: Man will an Erworbenem festhalten und verzichtet dabei darauf, sich der Entwicklung der gesellschaftlichen Probleme entsprechend dynamisch weiterzuentwickeln.

«Damit ich nicht ausgeschlossen werde,
muss ich die anderen Leute und Kinder einfach in Ruhe lassen
oder mit ihnen spielen, wenn sie das wollen.»

Dass Subsidiarität sinnvoll ist steht ausser Frage. Ihre Zweckmässigkeit kann jedoch nur erhalten und verstärkt werden, wenn sie sich in einer Wechselbeziehung mit der öffentlichen Hand und nicht autark weiterentwickelt.

Auch Jugendliche sind betroffen!

Die Bevölkerungsgruppen mit hohem Risiko für Randständigkeit und Ausgrenzung sind bekannt: Working Poor, MigrantInnen, alleinerziehende Elternteile, Selbstständigerwerbende (Kleinstrukturen), Personen ohne Ausbildung, Suchtkranke, Invalide, Langzeitarbeitslose, RentnerInnen oder Kranke.

Durch die zunehmende Verbreitung von Armut bei Jugendlichen wird diese bereits viel zu lange Liste noch erweitert. Jugendlichen kommt die traurige Ehre zu, neu auf dieser Laureatenliste zu stehen. Eine Liste die mehr als nur eine Statistik ist.

Ihre Situation und ihre schwierige Position auf dem Arbeitsmarkt haben zu einer anhaltenden Verarmung geführt. Von 2001 bis 2005 ist die Jugendarbeitslosigkeit (der 15- bis 25-Jährigen) von 1,5 auf 5,1 Prozent gestiegen³ und liegt damit rund 30 Prozent über der Gesamt-arbeitslosenquote. Trotz eines deutlichen Rückgangs dieser Quote im Jahr 2006 (4,3%) ist der Übergang vom Bildungssystem (Berufsbildung oder Studium) in den Arbeitsmarkt ganz offensichtlich problematisch. Die Aussichten stehen angesichts der für Jugendliche günstigen demografischen Entwicklung und des allgemeinen Wachstums gut, trotzdem bleiben Prekarität, Armut und Ausgrenzung eine traurige Realität. Sie muss ernst genommen werden und zu prioritären, dynamischen und voluntaristischen Massnahmen führen.

Allein mit werbewirksamen Titeln oder guten Absichten, die sich auf Veröffentlichungen von sozialwissenschaftlichen Forschungen oder offizielle Statistiken abstützen, kann noch keine Trendwende in Gang gebracht werden. Dazu braucht es ein mit politischem Druck gekoppeltes Bewusstwerden. Die Behörden müssen dabei positiv reagieren und dürfen keine laxen Haltung an den Tag legen.

Transparenz und Aktion

Grundsätzlich gilt: korrekte Entscheidungen können nur in Kenntnis der Sachlage getroffen werden. Das ist jedoch nicht immer die Regel! Der Entscheidungsprozess «in Kenntnis der Sachlage» ist häufig illusorisch. Slogans und Vorurteile leiten und prägen die politische Diskussion. Mythen sind per Definition nicht totzukriegen. Arbeitslose Jugendliche? «Nichtsnutze, Faulpelze, Schmarotzer». So und ähnlich lauten die Urteile. Sie ersticken jede Debatte im Keim, verhindern jegliche verbindlichen Massnahmen. Die dadurch entstehende Banalisierung führt zur Verneinung der politischen Handlungslegitimität. Es stellt sich deshalb die Frage der Bewusstseinsbildung der Entscheidungsträger und ihrer

³ Vgl.: Weber B., *Die Situation von Jugendlichen auf dem Schweizer Arbeitsmarkt*, in Die Volkswirtschaft, SECO, Bern, 3–2007, S. 52–54.

Kenntnis der komplexen Mechanismen, die den sozialen Phänomenen und Entwicklungen zugrunde liegen.

Der rasche sozioökonomische Wandel der entwickelten Länder verschärft die komplexe Verflechtung von Wirtschaft und Sozialem zusätzlich. Sie zwingt die Entscheidungsorgane neue Analyseinstrumente auszuarbeiten, um die Entscheidungsprozesse zu begleiten. Abgesehen davon, das meist ein dringender Handlungsbedarf besteht, ist das fachübergreifende Vorgehen eine zwingende Voraussetzung für das Verständnis der Phänomene und für die Handlungsorientierung. Daten über die unterschiedlichen und komplexen Entwicklungen der Produktionsformen, der Konsequenzen für die Arbeitsbedingungen und ihr Verhältnis zur sozialen Sicherheit werden jedoch nur selten ausgewertet.

Die Schweiz ist bekannt für ihre ungenügenden Sozialstatistiken und das Fehlen von permanenten Forschungs- oder Evaluationsstrukturen, welche die Kontinuität des wissenschaftlichen Vorgehens gewährleisten. Im Auftrag der Verwaltungen und der Sozialakteure (Berufsverbände, Gewerkschaften, Vollzugsorgane usw.) werden unzählige Arbeiten durchgeführt, welche die Ausgestaltung der sozialen Sicherheit unterstützen sollen. Sie sind jedoch punktuell und betreffen nur Teilbereiche. Ein kohärentes Gesamtkonzept gibt es nicht. Während einige krasse Lücken geschlossen wurden (Gesamtrechnung der Sozialen Sicherheit, Sozialhilfestatistik die jedoch immer noch Lücken aufweist), sind andere noch immer problematisch. So fehlt es beispielsweise an einer Statistik über Hilfswerke, private Initiativen und gemeinnützige Organisationen oder einer Statistik der Bezüger/-innen von Sozialleistungen sowie an Kenntnissen der Auswirkungen des Sozialleistungstransfers in Bezug auf Armut. Ebenfalls schlecht untersucht sind die Folgen politischer Entscheidungen in einem Zweig der sozialen Sicherheit auf die übrigen Zweige (z. B. Zusammenhänge zwischen Arbeitslosigkeit, Invalidität, beruflicher Vorsorge, Sozialhilfe), insbesondere, was finanzielle Transfers oder die Übergänge der Leistungsbezügerinnen und -bezüger von einem System in ein anderes anbelangt. Wer bringt beispielsweise Verschuldung Jugendlicher durch Kleinkredite, Familienspannungen und -konflikte, Gewalt, Arbeitslosigkeit, Ausgrenzung usw. miteinander in Zusammenhang? Niemand, es sei denn die Sozialarbeiter. Doch auch sie stehen unter dem von den öffentlichen Verwaltungen aufgezwungenen Kostendruck und werden oft der Laxheit bezichtigt.

Statt eines ganzheitlichen Vorgehens werden Einzelmassnahmen und sektorielle, isolierte Visionen bevorzugt. Die Entwicklung der Sozialprobleme führt uns diese Schwäche deutlich vor Augen. Allmählich gestehen wir uns ein, dass es an sinnvollen und verfügbaren strukturierten Instrumenten für eine genaue Kenntnislage fehlt, was wiederum die Frage nach der Glaubwürdigkeit der Entscheidungen aufwirft. Was wird sich als stärker erweisen, die Ideologie oder das Verständnis der sozialen Realität? Zu oft richten wir uns nach der Ideologie und nach Gemeinplätzen. Es ist einfach, den Handlungsbedarf auf dem Gebiet der

«Damit ich nicht ausgeschlossen werde,
versuche ich es allen recht zu machen.»

Armutsbekämpfung im Namen des Föderalismus, der Subsidiarität und der Selbstverantwortung zu dementieren.

Weg von gezielter Gewährung von Sozialleistungen

Seit rund zwanzig Jahren wird in der politischen Debatte in der Schweiz mit den Begriff «Giesskannenprinzip» gegen Leistungen mit universellem Charakter argumentiert, die von den auf dem Versicherungsprinzip gründenden Systemen mittel- oder bedarfsunabhängig allen Mitgliedern einer Personenkategorie entrichtet werden. Dieser Gemeinplatz, veranschaulicht mit dem Bild der Giesskanne, die grosszügig ihr Wasser verteilt, ohne darauf zu achten, dass die Pflanzen, die es am nötigsten haben – oder die es verdient haben – das meiste abbekommen, rationalisiert den Gedanken, dass ein gesunder Umgang mit den verfügbaren Mitteln klug und lobenswert wäre. Ist es nicht ein offenkundiges Beispiel für Verschwendung, Personen Leistungen aus Gemeinschaftskassen zuzuerkennen, wenn Zweifel bestehen, ob sie tatsächlich bedürftig sind? Man braucht diese Argumentation nicht weiterzuführen, geschweige denn die Überlegungen, denn der gesunde Menschenverstand spricht für sich. Was aber bedeutet gezielte Gewährung von Leistungen für die Bedürftigsten? Die Angst, öffentliches Geld zu verschleudern ist nicht Grund genug, sich die Überlegungen über den Sinn solcher Massnahmen zu sparen.

Gezielte Leistungen scheinen eine «gute Idee», denn durch die exklusive Leistungsentrichtung werden ausnahmsweise einmal die bevorzugt, die sonst am stärksten benachteiligt sind. Allerdings verursachen solche Massnahmen einen hohen Verwaltungsaufwand: Es gilt den Kreis der Bezugsberechtigten einzuschränken, ein System der Leistungsausrichtung auszuarbeiten, zu überprüfen und einzurichten sowie dafür zu sorgen, dass die Anspruchskriterien erfüllt sind. Zudem haben sie einen hohen symbolischen Preis. Durch die Legitimation des Prinzips der Bedarfsabhängigkeit gegenüber dem Versicherungsgrundsatz der Bürgergleichheit reissen die gezielt ausgerichteten Leistungen ein Loch in den sozialen Zusammenhalt, denn sie teilen die Bürger in zwei Kategorien: diejenigen, die staatlicher Unterstützung bedürfen und die anderen, die in der Lage sind selbst für sich und ihre Familie aufzukommen. Und schon ist sie wieder da, die Kluft zwischen den einen und den anderen, ausgedrückt in «Fähigkeit» und «Würde». Welches Gesellschaftsbild kann diese Kluft zwischen Menschen, die auf die Unterstützung der Gemeinschaft angewiesen sind, und den anderen, die darauf verzichten können, rechtfertigen? Kategorisch ausgedrückt: Es ist keine gute Idee, denn sie zeugt nur auf den ersten Blick von gesundem Menschenverstand.

Durch die universellen Sozialversicherungsleistungen könnte das Schamgefühl, das entsteht, wenn jemand für die eigene Existenzsicherung auf externe Hilfe angewiesen ist, beseitigt oder zumindest abgeschwächt werden. Die gezielte Gewährung der Leistungen wieder salonfähig zu machen wäre ein Rückschritt der Sozialpolitik hin zu Almosen und würde den Sozialrechten, die zum Erhalt des sozialen Friedens beitragen, entgegenwirken.

Wir sollten jedoch gerade im Kampf gegen Jugendarmut keiner negativen Logik folgen. Die Bundes- und Kantonsbehörden müssen eine umfassende Politik und Strategie umsetzen, indem sie institutionelle Schranken und das isolierte Vorgehen der öffentlichen Politik überwinden. Politik und Wirtschaft müssen im Bereich Ausbildung, Sozialversicherungen und Arbeitsschutz dringend zusammenarbeiten. Unsere Gesellschaft hat nicht das Recht, den jungen Generationen – unserer Zukunft – die Erfolgchancen zu verbauen.

Wirtschaft und Gesellschaft

Damit das Vorhaben gelingt, muss die Vormachtstellung und die Unabhängigkeit der Wirtschaft neu überdacht werden. Die Politik muss die Grundlagen der Beziehung Gesellschaft-Wirtschaft wieder zu ihrem Handlungsfeld machen. Wenn Ausgrenzung droht, muss die Wirtschaft an ihre Rolle und ihre Verantwortung, zum Wohlergehen der Gemeinschaft beizutragen, erinnert werden. Als von der Aussenwelt abgeschlossenes System funktioniert sie nämlich nicht.

Zwar gehören Unternehmen den Unternehmern, den Besitzern, aber sie funktionieren nur dank des Bildungssystems und anderer Infrastrukturen sowie dank öffentlicher Unterstützungen, Hochschulforschungen und Arbeitnehmenden. Durch ihre Auswirkungen auf die Bodenschätze und die Umwelt gehören sie, wie jede individuelle Tätigkeit, zu den Anliegen die die ganze Bevölkerung betreffen. Während Unternehmen Einkommen für Viele und Reichtum für einige Wenige produzieren und Raum für soziale Partizipation und Integration bieten, so können sie auch krank oder invalid machen, ausgrenzen oder diskriminieren. Sie können verschmutzen, Land vereinnahmen, ihre Macht missbrauchen und die demokratischen Abläufe beeinflussen. Ein Unternehmen ist zwar «privat», die Wirtschaft hingegen kann nur gesellschaftlich sein, da sie uns alle betrifft.

Es ist deshalb Sache der Politik dafür einzustehen, dass Jugendarbeitslosigkeit unzumutbar ist und ihre Beseitigung Priorität hat. Die Politik besitzt die nötige Legitimität Regeln aufzuerlegen, die schliesslich dem Wohl aller dienen. Wirtschaft und Soziales sind untrennbar miteinander verbunden. Es ist Aufgabe der Politik, das unmissverständlich klar zu machen. Der soziale und der nationale Zusammenhalt sind zentrale Werte. Sie zu unterschätzen oder zu vernachlässigen wäre ein grundlegender Fehler. In diesem Sinn ist die Armutsbekämpfung klar von einem entschlossenen Vorgehen abhängig, das, um Erfolg zu haben, auf gemeinsamem Willen beruhen muss.

«Wenn ich arm bin, bin ich vielleicht ausgeschlossen.
Wenn ich reich bin, bin ich vielleicht eingeschlossen.
Beides finde ich nicht schön.»

Politische Forderungen

1. Ein Tabu brechen

- Armut ist in der Schweiz noch immer ein Tabu. Wer in einer auf Konsum und individuellem Erfolg gründenden Gesellschaft arm ist, gilt als Verlierer. Deshalb wird Armut oft versteckt oder totgeschwiegen.
- Kinder- und Jugendarmut wahrzunehmen heisst, sie nicht nur als rein konjunkturelles und wirtschaftliches Phänomen abzutun, sondern als individuelle wie gesellschaftliche Problematik anzuerkennen, für die es rasch geeignete strukturelle Lösungen braucht.
- Die EKKJ unterstützt eine Motion der beiden Räte, die eine gesamtschweizerischen Strategie zur Bekämpfung von Armut fordert. Dabei müssen insbesondere Kinder- und Jugendanliegen berücksichtigt werden. Darüber hinaus plädiert die EKKJ für eine integrierte Strategie zur Bekämpfung des Armutsrisikos bei jungen Erwachsenen wie sie die SKOS¹ fordert.

Forderungen		Adressaten
1.1	Kinder- und Jugendarmut als reales Problem in seiner ganzen Tragweite anerkennen.	Bund Kantone
1.2	Stichhaltige und regelmässige statistische Erhebungen über Kinder- und Jugendarmut veranlassen.	Hochschulen
1.3	Gezielte Untersuchungen zur Kinder- und Jugendarmut veranlassen, um das Phänomen Armut besser verstehen und erfassen zu können.	
1.4	Im Rahmen einer gesamtschweizerischen Strategie zur Bekämpfung der Armut sind Empfehlungen zu formulieren, aus denen konkrete Massnahmen im Hinblick auf bessere Lebensbedingungen und Perspektiven für Kinder und Jugendliche hervorgehen.	

2. Familienergänzende Kinderbetreuung: Zugang vereinfachen, Angebot ausbauen

- Das Kleinkindalter² ist für die psychische und psychosoziale Entwicklung des Kindes eine entscheidende Phase. Fehlende materielle und immaterielle Ressourcen während dieser Zeit sind ein Risikofaktor für die kindliche Entwicklung und können sich langfristig negativ auswirken, sowohl auf die Gesundheit als auch auf die Bildungschancen und die sozialen Integrationsmöglichkeiten. Alle beteiligten Akteure müssen sich dessen bewusst werden und dem Kleinkindalter besondere Aufmerksamkeit schenken. Angesprochen sind sowohl die Familie, sämtliche staatlichen Einrichtungen als auch die Zivilgesellschaft³ und die Wirtschaft.
- Studien zufolge ist die familienergänzende Kinderbetreuung für die Sozialisierung und Integration von Kindern förderlich, vor allem von fremdsprachigen. Voraussetzung dabei ist, dass die Betreuungsqualität stimmt. Dazu braucht es hinreichende Betreuungsnormen und qualifiziertes Erziehungspersonal.
- Kleinkinderpolitik darf sich aber nicht nur auf Kinderbetreuung beschränken. Im Fokus stehen auch die von der öffentlichen Hand und den anderen politischen Akteuren getroffenen Massnahmen zur Ausgestaltung der materiellen und institutionellen Bedingungen der erzieherischen Betreuung.⁴

Forderungen		Adressaten
2.1	Studien und Statistiken zum bestehenden familienergänzenden Kinderbetreuungsangebot veranlassen. Ziel ist es, Lücken aufzuzeigen, das Profil der Familien, die auf Fremdbetreuung zurückgreifen, besser zu kennen und die Auswirkungen auf die kindliche Entwicklung zu beleuchten.	Bund Kantone Gemeinden/ Agglomerationen
2.2	Sich für eine aktivere Rolle des Bundes im Bereich Monitoring und Koordination von Programmen und Massnahmen stark machen.	Zivilgesellschaft Unternehmen
2.3	Vorschulisches und schulergänzendes Kinderbetreuungsangebot ausbauen und für eine ausgewogene und bedarfsgerechte geographische Streuung sorgen. Dazu muss das Impulsprogramm des Bundes verlängert und die Wirtschaft ⁵ und die Zivilgesellschaft vermehrt einbezogen werden.	
2.4	Diese Voraussetzungen sind zu gewährleisten: <ul style="list-style-type: none"> • gleicher Zugang zu Betreuungsplätzen unabhängig von der sozioökonomischen Situation der Familie, durch positive Diskriminierung und Zielvereinbarung; • aktiv und verständlich (v. a. für fremdsprachige Familien) über die Möglichkeiten der familienergänzenden Kinderbetreuung informieren und aufzeigen, wie man die Leistungen in Anspruch nehmen kann; • flexible Öffnungszeiten für familienergänzende Betreuungsplätze, dabei Arbeitszeiten und Wohl des Kindes berücksichtigen (z. B. begrenzte Anzahl an aufeinanderfolgenden Betreuungsstunden). 	
2.5	Zusätzliche Betreuungsangebote unterstützen: z. B. Eltern-Kind-Einrichtungen, Beratungs- und Informationsstellen in Quartieren.	
2.6	Sport-, Theater- und musische Veranstaltungen für Kinder im Vorschulalter anbieten. Freien Zugang gewährleisten, d. h. ohne finanzielle und soziale Hürden.	

3. Obligatorische Schulzeit ab dem 4. Altersjahr, einheitliche Stundenpläne und Ausbau der ausserschulischen Betreuung

- Kindergarten ab dem 4. Altersjahr für einen fließenden Übergang vom Kindergarten zur Schule: Dies fördert die Integration, Sozialisierung und Chancengleichheit, v. a. bei fremdsprachigen Kindern.
- Harmonisierung der Stundenpläne, breiteres Angebot an ausserschulischer Betreuung: Ziel ist es, Schülerinnen und Schüler beim Lernen zu unterstützen und Eltern für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei den Erziehungsaufgaben zur Seite zu stehen. Die Massnahmen sollen es erlauben, Schülerinnen und Schüler mit schulischen und sozialen Schwierigkeiten aufzufangen und sozial benachteiligten Familien zu helfen.
- Damit Kindern die bestmöglichen Erfahrungen und Perspektiven angeboten werden können, muss die Früherziehung innerhalb des Schulsystems eingehend geprüft und die schulischen Abläufe müssen neu strukturiert werden. Diese Massnahme duldet keinen Aufschub.

Forderungen		Adressaten
3.1	Kindergartenobligatorium ab dem 4. Altersjahr.	EDK
3.2	Harmonisierte Stundenpläne unter Einbezug örtlicher Bedürfnisse.	Kantone
3.3	Blockzeiten an Schulen oder Tagesschulen; Ausbau des Angebots an Kindertagesstätten zur Deckung des Bedarfs und der örtlichen Bedürfnisse (z. B. Schulkantinen).	Gemeinden Schulen
3.4	Strukturelle wie auch individuelle pädagogische Unterstützungs- und Differenzierungsmassnahmen für Schülerinnen und Schüler einrichten, welche die Grundanforderungen nicht erfüllen.	
3.5	Hausaufgabenhilfe zur besseren Chancengleichheit zwischen Schülerinnen und Schülern ausweiten.	

4. Mehr Durchlässigkeit zwischen Bildungsstufen

- Die PISA-Studie hat aufgezeigt, dass die Länder mit den besten schulischen Ergebnissen auch die beste Chancengleichheit bieten (z. B. Finnland, Schweden, Kanada): Die Annahme, dass die Demokratisierung des Bildungswesens schlechtere Leistungen nach sich zieht, hat sich somit nicht bewahrheitet. Indem man die Chancen für Benachteiligte erhöht, nimmt auch das durchschnittliche Bildungsniveau aller Schülerinnen und Schüler zu.
- Die PISA-Studie hat zudem ergeben, dass in den Schulsystemen der meisten Länder mit Bestergebnissen alle Schülerinnen und Schüler integriert werden und dass vor Abschluss einer Mittelschule nicht oder nur unwesentlich selektioniert wird.

Forderungen		Adressaten
4.1	Selektive Komponente des Schulsystems abbauen und Durchlässigkeit zwischen den Bildungsstufen erhöhen.	Kantone EDK
4.2	Individuelle Unterstützung (Coaching) für Schülerinnen und Schüler, damit sie in der Lage sind, den nationalen Bildungsstandard zu erreichen.	

5. Berufliche Eingliederung von Jugendlichen: Staat stärker in die Pflicht nehmen

- Gemäss SKOS ist Armut und soziale Ausgrenzung bei Jugendlichen vor allem auf eine zu fragile oder gescheiterte Integration in den Arbeitsmarkt zurückzuführen; gelingt die Integration nicht, lässt sich dies nur sehr schwer wiedergutmachen. Eine erste Priorität ist daher die berufliche Grundausbildung, die allen zugänglich gemacht werden muss (einschliesslich jugendlicher Sans-Papiers).
- Der Staat muss eine langfristig ausgelegte Strategie verfolgen, damit alle Jugendlichen sich entsprechend ihrem Potenzial bilden und entwickeln können und eine dauerhaft Eingliederung in die Arbeitswelt ermöglicht wird. Vor diesem Hintergrund spricht sich die EKKJ dafür aus, dass der Staat eine über die obligatorische Schulzeit hinausgehende Bildungsaufgabe innehat und die berufliche Integration ebenfalls zu seinen Pflichtaufgaben gehört. Das heisst, dass die Jugendlichen ab der Mittelstufe 1 bis zur dauerhaften Integration in die Arbeitswelt betreut und gecoacht werden.
- Durch die rasche Weiterentwicklung der Qualifikationsanforderungen muss die Grundausbildung der Jugendlichen und die Aneignung von Schlüsselkompetenzen verbessert werden.

Forderungen		Adressaten
5.1	Berufsberatungsstellen im Hinblick auf ein individuelles Coaching von Jugendlichen stärken: Berufsziel und Strategie zur Zielerreichung ausarbeiten, Coaching und Betreuung beim individuellen Vorgehen. Zusammenarbeit zwischen den Berufsberaterinnen und -beratern und den Berufsschullehrerinnen und -lehrern intensivieren.	Bund Kantone Berufsschulen Unternehmen Gewerkschaften und Berufsverbände
5.2	Berufsvorbereitungsschulen, wie zum Beispiel das 10. Schuljahr, müssen für alle gratis zugänglich sein.	
5.3	Es braucht einen nationalen Fonds für Berufsbildung für ein vielfältiges und hinlängliches Bildungsangebot. Der Fonds würde von einem tripartiten Gremium verwaltet, das sich aus Arbeitnehmenden, Arbeitgebern und dem Staat zusammensetzt.	
5.4	Für Jugendliche mit tiefem Bildungsniveau und/oder sozial benachteiligte Jugendliche braucht es zusätzliche Massnahmen, die auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten sind: spezielle Betreuung und Coaching ab der 7. Klasse der obligatorischen Schulzeit und während der gesamten Lehre, Unterstützung während der ersten drei Jahre in der Arbeitswelt (<i>Case Management</i>).	
5.5	Die öffentliche Hand muss für Jugendliche eine aktive Vermittlungspolitik verfolgen, wobei die Kosten zweifelsohne geringer ausfallen, als die derzeitigen Ausgaben zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Dies gilt vor allem für Bereiche, in denen die öffentlichen Bedürfnisse von der Privatwirtschaft nur unzulänglich abgedeckt werden.	
5.6	Die Anerkennung von Bildungsleistungen ist auszubauen, damit sich Jugendliche ohne Abschluss ihre nicht formal erworbenen Kompetenzen anrechnen lassen können. Dies im Hinblick auf eine zertifizierte Ausbildung oder bessere Integrationschancen auf dem Arbeitsmarkt.	

6. Chancengleichheit bei Stipendien und Studiendarlehen

- Für eine Wissensnation wie die Schweiz hat Bildung eine zentrale Bedeutung. Die Wirtschaft ist auf gut ausgebildete Arbeitskräfte angewiesen. Der Zugang zur Bildung muss für alle sozialen Schichten gleichermaßen gewährleistet sein. Dies ist nicht nur ein soziales Ziel, sondern bringt der Wirtschaft eine höhere Anzahl gut ausgebildeter Arbeitskräfte.
- Um den Zugang zur Bildung für alle zu ermöglichen, unterstützt der Staat die Studierenden mit Stipendien und Darlehen. In den letzten Jahren sind aufgrund des Spardruckes die Ausgaben für Stipendien und Darlehen reduziert worden. Tatsache ist aber, dass im gleichen Zeitraum die Anzahl der Studierenden zugenommen hat. Diese Entwicklung ist für viele junge Menschen heute ein Problem und wird in einigen Jahren auch ein Problem der Wirtschaft sein.

Forderungen		Adressaten
6.1	Unterstützung der nachobligatorischen Bildung auf Bundesebene regeln. Gleiche Bedingungen für alle Studierenden im ganzen Land schaffen.	Kantone Bund
6.2	Keine unterschiedliche steuerliche Behandlung von beruflicher Aus- und Weiterbildung. Abzugsfähigkeit von den Steuern auch für berufliche Weiterbildung zulassen.	
6.3	Kein Ersatz von Stipendienansprüchen durch Darlehen.	
6.4	Einrichtung und Subventionierung von Kassen für zinslose Darlehen an Studierende als Ergänzung zum Stipendienwesen.	
6.5	Stipendien in Form einer Studienpauschale auszahlen: Die Studienpauschale deckt die Kosten für die kürzeste Studiendauer, kann aber auch auf eine längere Studiendauer verteilt werden. Damit kann ein Teilzeitstudium in Verbindung mit Erwerbsarbeit oder Betreuungspflichten unterstützt werden.	
6.6	Verbilligung der Krankenkassenprämien aufgrund von Einkommen und Vermögen der Studierenden selbst (nicht ihrer Eltern).	

7. Konsumieren ohne Schulden

- Etwa ein Viertel der 16–25-Jährigen geben mehr Geld aus, als sie tatsächlich zur Verfügung haben. Mehr als 80 Prozent aller Überschuldeten machen ihre ersten Schulden vor dem 25. Lebensjahr. 16 Prozent der Jugendlichen zwischen 15 und 22 Jahren geben an, Schulden zu haben. Zunehmende Konsumkredite und Kaufsucht sind jedoch auch ein Phänomen bei Erwachsenen.
- Mit falschen Glücksversprechungen fördert die Werbung ein dem Budget unangepasstes Kaufverhalten. Viele Jugendlichen glauben, z.B. bestimmte Markenkleider zu brauchen, um sich in der Gesellschaft / in einer Gruppe positionieren zu können.
- Schon 14-jährige erhalten mit der Unterschrift eines gesetzlichen Vertreters bei einigen Anbietern ihre eigene Kreditkarte. Weil bei Verschuldung von Jugendlichen fast immer zuerst die Familie in die Bresche springt, ist diese Zielgruppe auch für Kreditunternehmungen lukrativ: Die Schulden werden ziemlich sicher bald zurück bezahlt. Ausserdem haben junge Menschen noch viele Jahre vor sich, in denen sie Schulden zurück bezahlen können.
- Viele Schulden- und Budgetberatungsstellen leiden unter akuten Personalengpässen. Je früher eine verschuldete Person Hilfeleistungen solcher Stellen in Anspruch nehmen kann, desto grösser ist die Chance, dass die Schuldensanierung erfolgreich ist.

Forderungen		Adressaten
7.1	Analyse und Vermittlung der Funktionsweise von Marketing und ökonomischem Grundwissen in Lehrpläne integrieren.	Kantone
7.2	Sensibilisierungs- und Erziehungskampagnen zur kritischen Beurteilung von Werbung.	Bund EDK
7.3	Sensibilisierungs- und Erziehungskampagnen zum Konsumverhalten und zur Schuldenprävention (z. B. max.money).	Eltern Kreditinstitute
7.4	Im Elternhaus über Einkommen und Kosten sprechen.	
7.5	Kindern ab ca. 6 Jahren ein regelmässiges Taschengeld geben, damit diese den Umgang mit Geld lernen können.	
7.6	Jugendliche gewisse Rechnungen (z. B. Handy) selber bezahlen lassen.	
7.7	Werbeverbot für Konsumkredite.	
7.8	Freiwilliges «Schuldenprozent»: 1% des Umsatzes von Konsumkreditfirmen geht an Schulden- und Budgetberatungsstellen.	

8. Gesunder Lebensstil für alle⁶

- Der Bezug zwischen Armut und Gesundheit wird bei Kindern und Jugendlichen oft zu wenig bewusst wahrgenommen und thematisiert. Dies hat damit zu tun, dass entsprechende Anlagen dazu schon sehr früh gelegt werden: während der Schwangerschaft und ab den ersten Entwicklungsjahren in der Kindheit; entsprechende sichtbare und spürbare Gesundheitsfolgen oft aber erst später auftreten. Gleichwohl sind Ungleichheiten z. T. schon im Jugendalter zu erkennen, so z. B. beim Übergewicht, beim Rauchen oder bei Verkehrsunfällen.
- Die Folgen werden oft erst im Erwachsenenalter so richtig sichtbar, indem Menschen in tieferen sozialen Lagen häufiger erkranken und auch weniger lang leben als besser gestellte Personen.
- Unterschiedliche Lebensbedingungen und Handlungsmöglichkeiten tragen dazu bei, dass Menschen aus tieferen sozialen Lagen häufig ein schlechteres Gesundheitsverhalten aufweisen. Daher ist mit politischen Massnahmen auf eine gezielte Verbesserung des Umfeldes einzuwirken, so durch Massnahmen der Elternbildung, Kinderbetreuung, Berufsbildung sowie Raum-, Stadt- und Quartierplanung. Daher haben eine Reihe der unter anderen Themen aufgeführten Forderungen auch Auswirkungen auf die gesundheitsbezogene Chancengleichheit.

Forderungen		Adressaten
8.1	Mehr Gewicht auf die Vermittlung von gesunden Lebensstilelementen (Bewegung, Ernährung) und psychosozialen Kompetenzen in Tagesstrukturen und Schulen.	Familienergänzende Betreuung Kindergarten
8.2	Wöchentlich mindestens drei Stunden Sportunterricht und Hauswirtschaftsunterricht in der obligatorischen Schule.	Schule
8.3	Fragen sozialer Ungleichheit und gesundheitsbezogener Chancengleichheit in Projekten und Interventionen aus Prävention und Gesundheitsförderung mit berücksichtigen.	Jugendarbeit/ Arbeit im Kinderbereich (Kinderbüros) Erziehungsdirektionen Gesundheitsdirektionen
8.4	Bevorzugte Unterstützung von Projekten und Interventionen, welche gezielt den Abbau gesundheitlicher Ungleichheit zum Ziel haben und dabei nicht stigmatisieren.	Entscheidungsträger in Prävention und Gesundheitsförderung

9. Neuorientierung der ausserschulischen Jugendarbeit

- In Jugendverbänden und Vereinen erwerben Kinder und Jugendliche wichtige soziale Kompetenzen und knüpfen Beziehungsnetze. Die klassischen Jugendverbände und Vereine kommen oft nicht an armutsbetroffene Kinder und Jugendliche heran; vielmehr werden Angebote genutzt, die keine Anmeldung benötigen und kaum verbindlich sind.
- Armutsbetroffene Kinder und Jugendliche sind in der Freizeit oft auf sich selber gestellt, sie bekommen kaum Anregung und Unterstützung. Sie können etliche Freizeitaktivitäten nicht ausführen, weil die Kosten dafür zu hoch sind (Erlernen eines Musikinstrumentes, Sportarten, die teure Ausrüstungen voraussetzen, Malkurse usw.).
- Armutsbetroffene Kinder und Jugendliche müssen oft zu viele Arbeiten verrichten (ganze Haushalte managen, Geschwister oder verwandte Kinder hüten, den Eltern beim Verrichten ihrer Arbeit ausser Hause helfen usw.), sodass kaum Zeit für ihre eigenen Hausaufgaben und Interessen bleibt.

Forderungen		Adressaten
9.1	Verstärkte Orientierung der Jugendverbände und (Sport-)Vereine an den Bedürfnissen von benachteiligten Jugendlichen (z. B. Schaffen von niederschweligen Angeboten oder entsprechende Ausbildung der LeiterInnen).	Bund Kantone Gemeinden
9.2	Kostenlose, niederschwellige Angebote, die nicht selektiv sind und integrativ wirken (z. B. Mitternachtssport, offene Turnhallen am Sonntag, Musikunterricht, Ferienpässe etc.).	Schulen Hauswarte Jugendverbände
9.3	Jugendzentren mit unentgeltlichen Kursangeboten in den verschiedensten Bereichen sowie Beratung und Unterstützung.	Offene Jugendarbeit Kinderbüros
9.4	Kinder- und Jugendpartizipationsgefässe einrichten und sie mit echten politischen und finanziellen Kompetenzen ausstatten. Auch Teilbereiche der Angebote der offenen Jugendarbeit sollen von Jugendlichen selber finanziell verwaltet werden können. Darauf achten, dass Kinder und Jugendliche von allen sozialen Schichten daran teilnehmen und sich engagieren.	Sport- und andere Vereine
9.5	Stärkung sozialer Netze (Quartiertreffs, Jugendverbände etc.), die auch für armutsbetroffene Kinder zugänglich gemacht werden.	

10. Für eine nachhaltige Familienpolitik

- Kinder an sich stellen kein Armutsrisiko dar. Aber ihre Erziehung kostet Geld⁷ und nimmt Zeit in Anspruch (während derer eine Erwerbstätigkeit nicht möglich ist). Sie bedingt also materielle Ressourcen, aber auch Wissen, Know-how und Beziehungsnetze.
- Dass Familien vorübergehend oder dauerhaft in Armut leben, hat unterschiedliche Gründe: tiefer Lohn, Arbeitslosigkeit, Scheidung, Krankheit, tiefes Bildungsniveau, fehlendes soziales Netz, ungenügender Ausgleich der Familienlasten. Jede(r) siebte Alleinerziehende bezieht Sozialhilfe. Armut beeinträchtigt die physische und psychische Gesundheit und die intellektuelle Entwicklung der Kinder, vor allem wenn die Armut mehrdimensional und nicht nur vorübergehend ist. Dies hat langfristig Folgen für Kind und Gesellschaft.
- Familienpolitik muss dazu beitragen, Armut vorzubeugen und die Potenziale von Eltern und Kindern zu fördern. Sie muss Teil der Arbeitsmarktpolitik sein, mit dem Ziel, Beruf und Familie in Einklang zu bringen⁸ und ein ausreichendes Einkommen für Familien zu sichern.

Forderungen		Adressaten
10.1	Gesamtschweizerische Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien ⁹ .	Bund Kantone
10.2	Vereinheitlichung der Alimenteninkasso und -bevorschussung, damit jedes Kind eine akzeptable Unterhaltszahlung erhält, wenn der Schuldner nicht zahlen kann oder will.	Gemeinden Verbände
10.3	Bessere Harmonisierung und Koordinierung der Hilfen zu Gunsten von Familien (z. B. Prämienverbilligung), damit Schwelleneffekte und zu grosse kantonale Unterschiede wegfallen.	Quartierszentren Schulen Kinderärzte/-innen und Hebammen
10.4	Beratungs- und Unterstützungsangebote für Eltern und Kinder, auch für fremdsprachige: individuelle Beratung, Eltern-Kind-Einrichtungen, Patenschaften, Besuche und Spiele zu Hause usw.	Pensionskassen Raumplanung Unternehmen
10.5	Elternbildung ausweiten und darauf achten, dass alle Eltern erreicht werden (z. B. Kurse über Schweizer Schulsystem, Ernährungsberatung, kindliche Entwicklung), elterliche Verantwortung stärken (z. B. Präsenzpflcht bei Elternabenden).	Sozialpartner Elternverbände
10.6	Punktuelle Hilfen und nicht diskriminierende Preisreduktionen für einkommensschwache Familien.	
10.7	Günstige, qualitative Mietwohnungen in einer kinder- und jugendfreundlichen Umgebung zur Verfügung stellen, gemischte Wohnzonen einrichten, in denen nicht nur armutsbetroffene Familien leben.	
10.8	Arbeitsbedingungen, die es Müttern und Vätern erlauben, Zeit mit ihren Kindern zur verbringen, besonders bei wichtigen Ereignissen im Leben des Kindes: Teilzeit, Jobsharing, vorausplanbare Arbeitsstunden, Flexibilität ohne Benachteiligung, Elternurlaub usw.	
10.9	Keine Steuern auf Existenzminimum: Arbeiten muss sich auszahlen.	

¹ SKOS: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe.

² Definition von Kleinkindalter gemäss der Observation générale Nr. 7 des Komitees für Kinderrechte der UNO (2005): *«Pour le Comité, la notion de droits de l'enfant dans la petite enfance devrait couvrir toutes les périodes de la vie du jeune enfant: naissance et première enfance; période préscolaire; et période de transition avec l'entrée à l'école. Par conséquent, le Comité propose de retenir comme définition pratique de la petite enfance la tranche d'âge comprise entre la naissance et 8 ans [...]».*

³ Zivilgesellschaft, das heisst sämtliche Nichtregierungsorganisationen, die nicht gewinnorientiert sind und öffentliche Interessen vertreten. In der Regel sind dies Vereine, Stiftungen oder andere Einrichtungen, wie z. B. Quartiervereine, Einwanderer-Vereine, Kirchen, Elternorganisationen usw.

⁴ Troutot Pierre-Yves (1998): Les transformations des métiers de la prime éducation: le mouvement de la professionnalisation, Genève 1950–2000, DIP, Genève.

⁵ Im Kanton Waadt leistet die Wirtschaft ihren Teil: Es gibt einen gesetzlichen Beitrag, den Unternehmen an einen Fonds zur Finanzierung von Betreuungsplätzen bezahlen müssen.

⁶ Siehe Bericht «Gesundheitsbezogene Chancengleichheit», Grundlagendokument i.A. von Gesundheitsförderung Schweiz, Januar 2006.

⁷ Siehe Bauer Tobias: Zeit und Geld. Eine Analyse der durch Kinder bewirkten finanziellen und zeitlichen Belastungen von Familien und der staatlichen Unterstützungsleistungen in der Schweiz Mitte der Neunziger Jahre, Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien BASS, Bern, 1998. Indirekte (Lohneinbussen) und direkte Kosten für das Szenario «Durchschnittseinkommen»: zwischen CHF 475 000.– pro Kind für Haushalte mit 3 Kindern und CHF 1 177 000.– für ein Einzelkind von Alleinerziehenden.

⁸ Neuere Studien unterstreichen den Mehrwert, der sich für Unternehmen aus einer familienfreundlichen Politik ergibt: höhere Produktivität, besser motivierte Mitarbeiter, weniger Fehlzeiten, weniger Wissensverlust, tiefere Kosten für Personalrekrutierung, usw. Siehe KMU-Handbuch «Beruf und Familie», veröffentlicht vom SECO, 2007.

⁹ Die Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats arbeitet derzeit an verschiedenen Varianten. Ausgangspunkt bilden die beiden parlamentarischen Vorstösse 00.436 Fehr Jacqueline und 00.437 Meier-Schatz Lucrezia, worin Ergänzungsleistungen für Familien verlangt werden.

Zusammensetzung der Eidgenössischen Kommission für Kinder- und Jugendfragen 2007

Präsident

Pierre Maudet, lic. iur, Stadtrat, Genf

Vizepräsidentschaft

Anna Sax, lic. oec. publ. MHA, Gesundheitsökonomin, Zürich
Alessandro Simoneschi, lic. iur., MBL, Fribourg und Comano

Mitglieder

Nancy Bodmer, Dr. phil., Psychologin FSP, Leiterin Zentrum für
Entwicklungs- und Persönlichkeitsdiagnostik Universität Basel, Muri
b. Bern

Christoph Conz, Turn- und Sportlehrer, Sekretär der Eidg. Sportkom-
mission, Olten

Deborah Demeter, lic. sc. sociales und DEA in Soziologie, Jugend-
und Umweltverantwortliche bei WWF Schweiz, Zweigstelle Bellinzona

Claudio Deuel, Jugenddelegierter der Stadt Genf, Perly

Peter Kaenel, Dr. iur, Vorsteher des kantonalen Jugendamts Bern, Biel

Alexandra La Mantia-Bütler, Bereichsleiterin Jugendförderung Zuger
Fachstelle punkto Jugend und Kind, Emmen

Michael Marugg, Dr. iur., Leiter Stabstelle Recht und Politik bei Pro
Juventute Schweiz, Dübendorf

Lukas Musumeci, Student, Mitglied der JUSO, Gipf-Oberfrick

Chantal Ostorero, lic. ès lettres, MPA, persönliche Mitarbeiterin der
Vorsteherin des Departements für Bildung, Jugend und Kultur des
Kantons Waadt, Grandvaux

Livia Salis-Wiget, Heilpädagogin und Kleinklassenlehrerin, Moossee-
dorf

Lena Schneller, lic. iur, Präsidentin der Jungfreisinnigen Schweiz,
Küsnacht

Florian Stettler, Student, Mitglied der SVP Schweiz, Chur

Doris Summermatter Kaufmann, Abteilungsleiterin Psychische
Gesundheit bei Gesundheitsförderung Schweiz, Bern

Marie-Françoise de Tassigny-Glasson, Kleinkinderdelegierte der Stadt
Genf, Genf

Christina Weber, Verantwortliche Kinderrechte und Koordinatorin
Netzwerk Kinderrechte Schweiz, Kinderdorf Pestalozzi, Zürich

Adrian Zimmermann, Archivar und Historiker, Mitglied des SGB,
Bern

Sekretariat

Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV)
Effingerstrasse 20
3003 Bern
ekkj-cfej@bsv.admin.ch
www.ekkj.ch

Wissenschaftliche Sekretärinnen

Andrea Ledergerber Lüber, lic. phil. I
Marion Nolde, lic. sc. sociales

Berichte der Eidgenössischen Kommission für Kinder- und Jugendfragen

1980	Thesen zu den Jugendunruhen Thèses concernant les manifestations de jeunes de 1980	d/f/e/s
1981	Stichworte zum Dialog mit der Jugend* Dialogue avec la jeunesse*	d/f
1982	Unterstützung der aktiven Jugendarbeit Aide à la formation extrascolaire active	d/f
1984	Erziehung zum Stummsein; Jugend und Medien in der Schweiz* N'apprennent-ils qu'à se taire? Les jeunes et les médias en Suisse*	d/f
1985	Mutter Helvetia/Vater Staat. Zur Lage der Jugendlichen in der Schweiz Maman Helvetie/Père Etat. La situation des jeunes en Suisse <i>Madre Elvezia/Padre Stato. La situazione dei giovani in Svizzera</i>	d/f/i
1985	Arbeiten ist für mich etwas unheimlich schönes Notre pays est le paradis du travailleur, c'est vrai <i>Se ci sono troppe macchine si dimentica il proprio mestiere</i>	d/f/i
1987	Jugend und Nationalratswahlen: 10 Fragen an die politischen Parteien Jeunes et élections fédérales: 10 questions aux partis politiques	d/f
1989	Si vis pacem – para pacem für eine aktive Friedenspolitik Si vis pacem – para pacem pour une politique active de la paix	d/f
1989	Fremdsein in der Schweiz Etranger en Suisse	d/f
1991/92	Bericht über die Lage der Jugendlichen in der Schweiz (Teilberichte: Zusammenleben*, Freizeit*, Bildung; Hauptbericht*) Rapport sur la situation des jeunes en Suisse (Rapports partiels: Vivre ensemble, Loisirs*, Formation*; Rapport principal) <i>Rapporto sulla situazione dei giovani in Svizzera (Rapporti parziali: Convivenza, Tempo libero, Formazione; Rapporto principale)</i>	d/f/i
1996	Bieler Jugendmanifest '95 Manifeste de Bienne pour la jeunesse '95 <i>Manifesto per la gioventù '95</i>	d/f/i

- 1996 **Jugendpolitik im Wandel: Perspektiven für die Schweiz** d/f
La politique de la jeunesse à un carrefour: perspectives pour la Suisse
- 1997 **Ohne Arbeit keine Zukunft? Jugendliche auf der Suche nach ihrem Platz in der Gesellschaft** d/f/i
Quel avenir sans travail? Les jeunes à la recherche de leur place dans la société
Quale avvenire senza lavoro? I giovani alla ricerca del loro posto nella società
- 1998 **Prügeljugend – Opfer oder Täter?** d/f/i
Les jeunes: cogneurs ou souffre-douleur?
I giovani: vittime o carnefici?
- 2000 **Grundlagen für eine nationale Kinder- und Jugendpolitik Positionspapier der Eidg. Kommission für Jugendfragen** d/f
Fondements d'une politique de l'enfance et de la jeunesse
Conception de la Commission fédérale pour la jeunesse
- 2001 **Verantwortung tragen – Verantwortung teilen. Ideen und Grundsätze zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen** d/f/i
Assumer des responsabilités – les partager.
Comment promouvoir la participation des enfants et des jeunes
*Essere responsabili – condividere le responsabilità.
Idee e principi per la partecipazione dei bambini e dei giovani*
- 2003 **Stärken wahrnehmen – Stärken nutzen. Perspektiven für eine kinder- und jugendgerechte Integrationspolitik** d/f/i
Des atouts à reconnaître et à valoriser. Pour une politique d'intégration adaptée aux enfants et aux jeunes d'origine étrangère
Punti di forza da riconoscere e valorizzare. Prospettive per una politica d'integrazione a misura di bambini e giovani di origine straniera
- 2003 Dahinden Jeanine, Neubauer Anna, Zottos Eléonore: d/f/i
Offene Jugendarbeit und soziokulturelle Animation: Bestandesaufnahme und Perspektiven der Arbeit mit Migrationsjugendlichen
erarbeitet vom SFM i. A. der EKKJ und der Fachstelle für Rassismusbekämpfung
Bestellung (Fr. 9.50): BBL, Vertrieb Publikationen, 3003 Bern, Fax 031 325 50 58;
www.bbl.admin.ch/bundespublikationen, Art. Nr. 301.352.d,
- 2005 **... und dann ist der Tag vorbei! Freie Zeit, Freiraum und Bewegung für Kinder und Jugendliche** d/f/i
... et puis la journée est finie! Temps libre, espaces libres et mouvement pour les enfants et les jeunes
... e poi la giornata è finita! Tempo libero, spazio libero e movimento per bambini e giovani

* vergriffen

Bestellung der Berichte: Sekretariat der EKKJ, ekkj-cfej@bsv.admin.ch, Tel. 031 322 92 26.
Berichte seit 1998 online unter www.ekkj.ch

Nach neuesten Zahlen sind fast 45% aller Sozialhilfeempfänger in der Schweiz jünger als 25 Jahre. Diese Kinder und Jugendlichen leben mit arbeitslosen oder alleinerziehenden Eltern, haben einen Migrationshintergrund oder wachsen mit mehr als zwei Geschwistern auf. Die Tatsache, dass 70% der jungen Erwachsenen in der Sozialhilfe keine Berufsausbildung abgeschlossen haben, belastet ihre Zukunft auf noch gefährlichere Weise. Die Situation ist dramatisch und wird noch völlig verkannt.

Die Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ) will das Tabu brechen. Sie hat deshalb die Bekämpfung der Kinder- und Jugendarmut zu einem ihrer Schwerpunkte erklärt. Der vorliegende Bericht enthält sowohl wissenschaftliche Themenbeiträge als auch Lösungsansätze in Form von politischen Forderungen für Handlungsfelder wie Bildung, Gesundheit, Familienpolitik und die frühkindliche Phase.

Kinder- und Jugendarmut ist kein unabwendbares Schicksal. Die EKKJ setzt sich für eine nationale Politik zur Bekämpfung der Armut ein, damit mittelfristig verheerende soziale Folgen ausbleiben. Es ist an der Zeit, den Generationenvertrag zu Gunsten der Jungen zu überdenken.



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern ED
Bundesamt für Sozialversicherungen BSV